

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Gebührenpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mf. für einen Monat 6.—Mf. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13609. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gevaltene Kolonialzelle oder deren Raum 1.90 Mf., bei Plakatvorrichtung 2.30 Mf.; Familienanzeigen, die 7 gevaltene Seite 1.70 Mf. Reklame-Kolonialzelle 7.50 Mf. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Aussträger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Noch keine Entscheidung über das Finanzprogramm.

Die Regierungsbildung abgeschlossen. — Keine Regierungsumbildung in Preußen?

Berlin, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, liegen dem Reichskabinett zur Zeit vier Vorschläge zur Lösung der Reparationsfrage vor. Der erste ist der bekannte Vorschlag des Reichswirtschaftsministers Schmidt, der eine 25 prozentige Beteiligung des Reiches an den Industrie- und Grundbesitz der deutschen Volkswirtschaft, sowie den Ausbau der Produktivität und eine Vermehrung der Absatzgebiete mit Reichshilfe vorsieht. Der zweite Vorschlag stammt aus dem Reichsfinanzministerium und versucht, das Reparationsproblem mit Hilfe neuer Steuern und Erhöhung der bestehenden Steuern, eines Zulassungs-, Sacharain- und Brantweinmonopols, sowie mit einer Nationalisierung des Kohlenvertriebs zu lösen. Der dritte Vorschlag, über dessen Inhalt bisher noch nichts bekannt geworden ist, stammt vom Reichsanzler Wirth selbst und ist mit Hilfe von Dr. Beusch ausgearbeitet worden. Der vierte Vorschlag ist vom preußischen Finanzminister Gämisch dem Kabinett vorgelegt worden. Er stützt sich auf den Gedanken der Steuergemeinschaften.

Eine Entscheidung über diese vier Vorschläge ist bisher noch nicht gefallen und der Reichsanzler wird deshalb heute bei seiner Programmrede im Reichstag auch noch keinerlei endgültige Formulierung für diese Pläneinden können. Es lautet, daß der preußische Finanzminister mehrere Male bereits an den Sitzungen des Reichskabinettstags genommen habe, um seine Pläne zu begründen. Sollte sein Plan zur Annahme gelangen, so wird er zur Durchführung dieser Pläne das Reichsfinanzministerium berufen werden. Dem widerspricht auch nicht das offiziöse Dementi, das die P. P. R. heute veröffentlicht, wonach Wirth das Finanzministerium vorläufig behalten will. Das Wort vorläufig bedeutet eben den Zeitpunkt der Entscheidung über die Pläne für die Durchführung der Reparation. Die sozialdemokratische Fraktion hält die Regierungsbildung für abgeschlossen und hat auf den ihr zustehenden vierzen Ministerposten verzichtet. Wirth hatte der sozialdemokratischen Fraktion nach Bezeichnung des Wiederaufbauministeriums mit einem Nicht-Sozialdemokraten einen Ministerposten ohne Portefeuille angeboten. Da nun das Finanzministerium durch Wirth weiter vermautet wird, hat die sozialdemokratische Fraktion geschlossen, auf diesen Posten zu verzichten.

Gleichzeitig erklärt der Vorwärts, daß für Herrn Siegerwald die Zeit gekommen sei, die Regierungsumbildung in Preußen vorzunehmen. Dabei handelt es sich offenbar um eine schlechte Orientierung des Vorwärts, denn die preußische Landtagsfraktion, die sich mit der Regierungsbildungsfrage in Preußen beschäftigte, war im allgemeinen der Ansicht, daß die Sozialdemokratische Partei seinerlei Ursache habe, auf die Erledigung der Regierungsumbildung in Preußen zu drängen. Es scheint, als ob auch die Sozialdemokratie anfangen wolle, diese Frage zu verschließen. Der Einfluß der um Ebert sich scharen Anhänger einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei, zu denen auch Bauer und Grabauer gehören, scheint in der Sozialdemokratischen Partei in letzter Zeit wieder Oberhand gewonnen zu haben, so daß man gleichzeitig mit einer Verbreiterung der Regierungsbasis im Reiche nach der Deutschen Volkspartei hin auch in Preußen dasselbe Manöver anstrebt. Es ist abzuwarten, mit welchem Siege dieser Meinungskampf innerhalb der Sozialdemokratischen Partei enden wird.

Der bayerische Widerstand.

München, 1. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses im bayerischen Landtag gab Ministerpräsident v. Kahr die immer wieder hinausgeschobene Erklärung zur Entwaffnungsfrage ab. Wer eine Erklärung erwartet hatte, die Entscheidungen bringt, wurde enttäuscht. Kahr trug zunächst eine phrasenhafte Erklärung vor, die seine völlige Kapitulation in der Wiedergutmachungsfrage zum Ausdruck brachte. Zur Einwohnerwehrfrage führte er aus, daß nur durch die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen möglich sei. Die Einwohnerwehr aber hätte wesentlich zur Erfüllung dieser Ordnung beigetragen, so daß die Forderung nach Entwaffnung und Wiedergutmachung ein Widerspruch in sich selbst sei, die eine lebhafte die andre aus. Die bayerische Regierung sei in Übereinstimmung mit der Reichsregierung gewillt, in der Erfüllung des Ultimatums und in der Entwaffnung der Einwohnerwehren das Nötige zu tun, wobei die Termine tuenlich eingehalten werden. „Wir hasten aber an unserer bisherigen Auffassung fest, daß die Einwohnerwehren nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und unter das Gesetz vom 22. März 1921 fallen.“ Die Reichsregierung habe sich bereit erklärt, diese Auflösung der Entente mitzuteilen. So nach der Stellungnahme der

Entente würde die Reichsregierung weitere Entscheidungen treffen. Eine lokale Stellungnahme der bayerischen Regierung sei dabei selbstverständlich. Die Einwohnerwehr wäre der bayerischen Regierung in absoluter Treue ergeben, sie werde von sich aus in der Entwaffnungsfrage tun, was die bayerische Regierung von ihr fordere. Die Verhandlungen mit den Führern der Einwohnerwehr hätten nicht zum Zweck gehabt, von ihnen Handlungsfreiheit zu erlangen. Mit der Durchführung der Entwaffnung bringe die Regierung ein Opfer, das sie nicht von sich aus, sondern unter dem Druck unüberstecklicher Gewalt bringt und das durch ihre Reichstreue gerechtfertigt werde. Nach dieser Erklärung wurde die Sitzung auf eine Stunde vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gaben die Koalitionsparteien ihr Einverständnis mit der Regierungserklärung kund. Abgeordneter Timm (SPD) gab eine Erklärung ab, die eine vollständige Änderung in der Politik des Herrn v. Kahr konstatierte, der sich jetzt zu den Anschauungen bekannte, die in dieser Frage von der SPD bisher schon vertreten worden seien. Die Erklärung solle aber an Unvollständigkeit, weil der Reichsregierung die Verantwortung zugewiesen werde. Abgeordneter Genosse Gareis (USPD) wandte sich gegen die Aussöhnung der SPD. Der Ministerpräsident habe seine Aussöhnung auch heute nicht geändert. Entweder wolle die bayerische Regierung der Reichsregierung ihre außenpolitischen Aufgaben auch weiterhin erschaffen, oder sie habe durch geheime Sonderverhandlungen mit Ententekreisen Zusicherungen, die ihre Stellungnahme begreifen lassen. Redner fragte, was die Regierung zur technischen Durchführung der Entwaffnung bis zum 10. Juni vorbereitet habe, ob sie die Freikorpsscherer zur Verantwortung ziehen und ob sie der Propaganda in der Einwohnerwehr gegen die Entwaffnung entgegentrete. In einer Erklärung, die Gareis im Namen der USPD verfasst, wird die Erklärung des Ministerpräsidenten einer Fortsetzung der bisherigen Politik des Auswuchsen und Jöggers genannt. Weiter heißt es in der USPD-Erklärung: „Die unklaren Zugeständnisse einer teilweisen Entwaffnung, die in der Erklärung des Ministerpräsidenten enthalten sind, sind für uns vollständig ungenügend und nur geeignet, neue außenpolitische Schwierigkeiten zu schaffen. Die Zusicherung, daß die Entwaffnung unter Leitung der Einwohnerwehr selbst durchgeführt werden sollte, ist ein Beweis, daß der Herr Ministerpräsident sich aus der unwürdigen Abhängigkeit von diesen Kreisen auch heute noch nicht zu befreien vermochte. Wir warten die Entscheidung des Reiches in dieser Frage ab, erklären aber schon heute, daß wir niemals zum Ministerpräsidenten das Vertrauen haben können, daß er die Entwaffnung der Einwohnerwehr loyal durchführt, selbst wenn er anschließend sich einer Aufforderung des Reiches zur bedingungslosen Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr fügen würde.“

Ministerpräsident v. Kahr erklärte auf den Vorwurf, daß Panzers Sonderverhandlungen mit der Entente führte, daß alle Schritte im Einvernehmen mit der Reichsregierung getroffen worden seien. Damit unterstellt v. Kahr der Reichsregierung, daß sie mit den bayerischen Sonderverhandlungen mit Ententevertretern einverstanden sei. Die von dem USPD-Redner gestellten Fragen beantwortete er mit seinem Wort. Aussöhnend war, daß der Ministerpräsident bekannte, die Reichsregierung wolle den bayerischen Standpunkt, daß die Einwohnerwehr nicht unter das Artikel 177/178 des Friedensvertrages und nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 falle, der Entente mittellen. Diese Bekanntmachung eifertender Nachprüfung. Eine ordentliche Aussprache über die Einwohnerwehrfrage wurde im Ausschuß kurzerhand abgeschnitten.

Dazu liegt noch folgende Meldung vor:

Berlin, 1. Juni. (Verl. Polosan.) Haltamtlich wird anmeldet: „Sobald die Auflösung der Selbstschuhsorganisationen ist der interessierten Militärkontrollkommission zu Händen des Generals Mollet die erforderliche Liste vor Ablauf der festgesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die ostpreußischen Grenzwehren, die bayerische Einwohnerwehr und die Organisation Eckerich verzeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Grüne gegen die Auflösung, die von den Hauptbefehlshabern beabsichtigten, teils aus Reichsverbänden, teils aus tschechischen Gründen erstellt gemacht werden sind, den alliierten Mächten mit der Förderung der Waffenabgabe zur erneuten Prüfung zu unterbreiten.“

Schließlich heißt es noch im Dokument, daß die Einwohnerwehr habe Kahr und Eckerich erneut das Vertrauen ausgeschworen. Wenn beide in den letzten Tagen behaupten, nicht bei ihnen, sondern bei den Hanseatern liege der Widerstand gegen die Auflösung, so zielte diese Meldung den Schwindel nun deutlich auf. Hatten die beiden das Vertrauen, und sind sie ernsthaft gewillt, die Auflösung strikt durchzuführen, so brauchen sie nur ihre Willkür zu erfüllen, auf Widerstand stoßen sie dann bei ihren Anhängern nicht mehr. Das Vertrauen der bayerischen Regierung, die Reichsregierung solle die Entente überzeugen, die bayerische Einwohnerwehr fasse nicht unter die Bestimmungen des Friedensvertrages, ist wohl das dummdreisteste, das sie sich in der ganzen Angelegenheit geleistet hat. Die bayerische Einwohnerwehr, eine militärische Organisation im wahren Sinne des Wortes, und ihre Bewaffnung steht der offiziellen Militärorganisation nicht nach. Ihr Geist ist aggressiver Militärgenoss, sowohl gegen die Arbeiterschaft, wie gegen das Ausland gerichtet, was die Vorwürfe in Oberösterreich ja deutlich bewiesen haben. Und da muten die Elberherre der Reichsregierung an, sie solle die Entente weismachen, die bayerische Einwohnerwehr sei ein harmloser Freienschein, der seine Waffen nur zum Schutz habe, aber im die bayerischen Bonitätsscheine mitmachen zu können. Hoffentlich hat die Reichsregierung die ihr zugemutete hämmersche Rolle abgelehnt.

Das Allerhöchste auf die Volksschule.

I.

Wir haben schon wiederholt auf die Gefahren hingewiesen, die der Volksschule durch den von der Reichsregierung dem Reichstag vorgelegten Reichsschulgesetzentwurf drohen. Die Annahme dieses Entwurfs würde das Begräbnis der Einheitsschule, die Auflösung der Volksschule in eine Menge von Sekundarschulen, eine verhängnisvolle Herabdrückung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Volksschulen bedeuten. Die Volksschule wird auch in Zukunft noch aller schönen Reden, nach denen angeblich auch die höchsten Schulen allen beschäftigten Kindern ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern offen stehen sollen, für die Kinder der breiten Massen des Volkes die einzige Bildungs- und Erziehungsanstalt sein. Darum müssen sich alle diese Volksschulen eingehend mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beschäftigen und alle Kräfte ausspielen, um diesen Entwurf auf die Volksschule abzuwehren.

Die von der Regierung dem Reichstag unterbreitete Vorlage ist kein Entwurf für ein allgemeines Reichsschulgesetz. Sie ist lediglich ein „Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 140 Absatz II der Reichsverfassung“, wie die Überschrift der Regierungsvorlage besagt. Von bürgerlichen Kritikern des Machwerkes, besonders von Lehrern, die die schönen Phrasen in der Reichsverfassung ihr bare Münze genommen haben, wird deshalb gesagt, der Entwurf widerspreche anderen Bestimmungen und vor allem dem „Geist“ der Reichsverfassung. Das ist jedoch nur zum Teil richtig. Gewiß ist der Entwurf mit gewissen freiheitlich und fortschrittlich tönenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung unvereinbar. Tatsächlich ist es aber, anzunehmen, er widerspreche dem Geist dieser Verfassung. Die in Weimar beschlossene Verfassung stellt besonders in ihrem vierten Abschnitt über Bildung und Schule bekanntlich ein zwischen den damaligen Regierungsparteien — Rechtssozialisten, Demokraten und Zentrum — abgeschlossenes Kompromiß dar. Der Geist aber, von dem dieses Kompromiß bejovelt war, war der Geist der Zentrumsleute, der Pfaffen und Dunkelmänner. Dieser Zentrumsgeist kam bei der Beratung der Schulfragen im Verfassungsausschuss der Nationalversammlung in den Worten des Reichsverfassungsräters, des Zentrumabgeordneten Gröber deutlich genug zum Ausdruck. Dieser Zentrumsmann sagte damals im Ausschuß: „Nur über den Punkt muß vollständige Einheitlichkeit in der Regelung bestehen, daß in jeder öffentlichen, der Zwangspflicht unterliegenden Volksschule Religionsunterricht im Interesse der einzelnen Konfessionen und der allgemeinen Kultur erteilt werden muß.“ Und der Abgeordnete Heinlein vom Zentrum erklärte: „Ich will nur noch einmal unseren Grundzustand dahin präzisieren, daß wir der Kirche das Recht auf die Erteilung und Leitung des Religionsunterrichts sichern wollen.“

Mit diesen Worten der beiden Zentrumabgeordneten ist ganz klar und unzweideutig ausgesprochen, was das Zentrum forderte: Die Aufrechterhaltung der Kirchenherrschaft über die Schule. Und diesem mittelalterlichen Zentrumsgeist haben die Koalitionsparteien aus politischen Gründen, um nicht das ganze vielgerührte Verfassungswerk gefährden zu lassen, die weitestgehenden Konzessionen gemacht. Sie sind deshalb auch mit daran schuld, daß sich dieser reaktionäre Geist in einem so ungemeinlichen Machwerk wie dem vorliegenden Gesetzentwurf, dem übrigens höchstlich in Stuttgart der rechtssozialistische Staatssekretär Schulz den Lehrern als geeignete Grundlage zur Mitarbeit empfahl, auswirkt. Sie haben damals mit geholfen, den Galgen aufzurichten, an dem jetzt die Einheitsschule erwürgt werden soll.

Wie eine Verhöhnung des Gedankens der Einheitsschule und seiner Verteidiger wirkt es, wenn in der Begründung des Regierungsentwurfs gelagt wird, er solle ein „Versöhnungswerk“ sein, er solle alle Kräfte im Volke zur gemeinsamen Förderung der deutschen Schule zusammenfassen. Nicht eine Zusammenfassung der Kräfte zum Aufbau einer einheitlichen modernen Volksschule, sondern den schärfsten ungehemnten Kampf der religiösen Sektionen und sonstigen Interessengruppen um die Volksschule würde die Annahme der Regierungsvorlage zur Folge haben. Religion und Kirche, diese vorzüglichsten Mittel, die Massen des Volkes im Interesse der herrschenden Klassen zur Demut, Unterwürfigkeit und Zufriedenheit zu erziehen, sind das Sprengpulver, durch das die einheitliche Volksschule zertrümmt werden soll.

Vier Arten von Schulen, die zulässig sind, werden sojan im Regierungsentwurf selbst namentlich aufgeführt. Die als Regel vorgesehene, sogenannte Gemeinschaftsschule mit allgemeinem Religionsunterricht; die Bekennnisschule für Schüler eines bestimmten religiösen Bekennnisses; die weltliche Schule ohne lehrplanmäßigen Religionsunterricht; schließlich die Weltanschauungsschule zur Erziehung im Sinne einer

bestimmten Weltanschauung. In Wirklichkeit ist aber die Teilung der Volkschule in noch viel mehr Splitter und Splitterchen möglich. Sagt doch die Begründung der Vorlage zum Beispiel über die Bekennnischule: „Unter den Bekennnissen haben das evangelisch-lutherische, das protestantisch-katholische, das jüdische eine anerkannte Stelle; aber auch der griechisch-orthodoxe Christentum, der Buddhismus und jede gesetzlich erlaubte gewordene Religion ist ein Bekennnis. Dagegen stellen alle religiösen Sekten Bekennnisse dar.“ Nun sind im Deutschen Reich etwa 20mal soviel religiöse Sekten wie Vaterländer vorhanden. Nach einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1910 gab es in Deutschland 529 religiöse Sekten; vielleicht sind in der Zwischenzeit noch ein paar Dutzend hinzugekommen. Und sie alle können also Anträge auf Errichtung von Schulen ihres Bekennnisses stellen, wenn sie nur zur Pflege ihrer Religion Körperhöfen des öffentlichen Rechts gebildet haben! Erhält die dann vorzunehmende Annahme die genehmigte Zahl von Kindern, so muss die gesuchte Bekennnischule errichtet werden. Danach kann man ermessen, in welchem Umfang die Zersplitterung der Volkschule nach der Annahme der Regierungsvorlage möglich ist.

Es liegt auf der Hand, dass diese Auflösung der Volkschule in eine noch unabhängbare Menge von getrennten Schulen für die Leistungsfähigkeit der gesamten Volkschule von schwerstem Nachteil sein muss. Zunächst wird das Prinzip der Einheitsschule gänzlich aufgegeben. Von einer einheitlichen und gemeinsamen Erziehung der Kinder kann selbstverständlich keine Rede mehr sein. Getrennt nach Weltanschauungen und Bekennnissen der Eltern sollen die Kinder in besondere, voneinander unabhängige Schulen eingeschult werden. Vielsach wird damit zuseit eine Absonderung nach der sozialen Stellung der Eltern mit allen Nachteilen, wie wir sie aus der bisherigen Trennung nach Volks- und Standesschulen kennen, vor sich gehen. Für die Wiederaufrichtung der seit der Revolution mit Recht so stark beschädigten und nach dem Grundschulgesetz abzubauenden Standes- schule erschließen sich neue Wege.

Es bedarf aber auch keines Nachweises, dass die Spaltung der Volkschule unumgänglich zur Herauslösung der Leistungsfähigkeit der Schulen führen muß. In dem Artikel 146 II der Reichsverfassung ist zwar bestimmt worden, dass durch die Einrichtung der Bekennnis- und Weltanschauungsschulen ein geordneter Schulbetrieb im Sinne der organischen Ausgestaltung des öffentlichen Schulwesens und der Vorbereitung der Schüler in der Grundschule für die mittlere und höhere Schule nicht beeinträchtigt werden darf. Der Regierungsentwurf interpretiert diese verschwommene Bestimmung, indem er sagt, eine solche Beeinträchtigung tritt nicht schon dann ein, „wenn die beantragte Schule selbst wegen ihrer Schülerzahl die in der betreffenden Gemeinde übliche Klassengliederung nicht erhalten könnte. Dagegen ist eine solche Beeinträchtigung dann als vorliegend anzusehen, wenn durch die Einrichtung oder Beibehaltung der beantragten Schule die in der Gemeinde erreichte Höhe der Gesamtschulorganisation erheblich herabgesetzt oder die Verwirklichung der in Gemeinden der betreffenden Art die an die Gliederung des Schulwesens billigerweise zu stellenden Anforderungen verhindert würden.“ Mit Rücksicht auf die Besonderheiten der örtlichen Verhältnisse soll die Festlegung der Einheiten durch die Landesgesetzgebung erfolgen. In der Begründung des Entwurfs finden sich dazu noch folgende kuriose Sätze: „Für jede deutsche Schulgemeinde gibt es im Hinblick auf ihre Ausdehnung, Leistungsfähigkeit, Kultur, Geschichte, Siedlungsverhältnisse einen Schulbetrieb, der als geordnet zu bezeichnen ist, und dieser darf durch die Errichtung von Volkschulen abweichenden Typs nicht beeinträchtigt werden. Wo bisher eine einklassige Schule bestand, wird der geordnete Schulbetrieb durch das Fortbestehen einer einklassigen Schule, gleichgültig welchen Typs, sicher nicht beeinträchtigt; in Gemeinden mit reicher gegliederten Schulsystemen also besonders in größeren Gemeinden, kann dies der Fall sein.“

Diese wunderbare Begründung konstruiert also für jede Dorf- schulgemeinde eine besondere „Kultur“ und „Geschichte“, an der gemessen der jetzige Schulbetrieb der „geordnete“ ist. Das Niveau der erbärmlichen einklassigen Dorfschulen in Ostpreußen und Hinterpommern ist also maßgebend für die an etwa zu gründende Sonder- schulen oder für den Fortbestand einer solchen Bekennnis- schule zu stellenden Anforderungen. Wenn dort allerdings der bisherige „geordnete Schulbetrieb“ durch die Errichtung einer gleich jämmerlichen Schule gewiss nicht gestört werden kann, so ist es doch sonnenklar, dass dadurch der gerade in jenen Gemeinden so dringend notwendige Ausbau dieser Schulen unmöglich gemacht wird. Hinsichtlich der größeren Gemeinden wird ausgeschaut, dass neben den bestehenden Schulen mit höherer Gliederung sehr wohl auch Sonder- schulen mit geringerer Gliederung bestehen können, ohne dass gegen die Verfassungsbestimmungen über die Störung des geordneten Schulbetriebes verstößen würde. Es wird gezeigt, dass bei der Beurteilung der Frage, ob eine weniger gegliederte Sonder- schule den geordneten Schulbetrieb beeinträchtigt oder nicht, zu berücksichtigen seien die Höhe der Gesamtschulorganisation und die Anforderungen an die Gliederung des Schulwesens, die an Gemeinden gleicher Art billigerweise zu stellen sind. Weiter heißt es: „... eine einzige solche (Sonder-) Schule wird in der Regel weder die erreichte Höhe der Schulorganisation erheblich herabsetzen noch die Verwirklichung der an die Gliederung des Schulwesens der betreffenden Gemeinde billigerweise zu stellenden Anforderungen verhindern.“ Wie man sieht, werden also Anweisungen gegeben, gegenüber den Anträgen auf Zersplitterung der Volkschulen recht entgegenkommend zu sein.

Nimmt man zu alledem noch hinzu, dass nach der Begründung außer den im § 9 festgelegten bindenden Grundsätzen in den Ländern auch noch andre Voraussetzungen für die Vereinbarkeit oder Nichtvereinbarkeit der Sonder- schulen mit dem geordneten Schulbetrieb anerkannt werden sollen, so kann man sich leicht ausmalen, zu welchen Zuständen und zu welcher Unvierschiedigkeit des deutschen Volkschulwesens dieser Entwurf, wenn er Gelehrt werden sollte, führen muss. Jedenfalls ist eins sicher: Selbst wenn — im günstigsten Falle — in großen Gemeinden durch die Zersplitterung der Volkschule nicht eine sofortige Herausminde rung der Leistungsfähigkeit des gesamten Schulwesens eintreten sollte, so wird doch ohne Zweifel — schon aus Rücksicht auf die durch die

Zersplitterung verursachten höheren Kosten — unbedingt der weitere Ausbau der Volkschule schwer gehemmt, wenn nicht ganz unmöglich gemacht.

Schon die kurze Bezeichnung des Regierungsentwurfs zeigt, welche verhängnisvollen Folgen seine Annahme haben mügte. Einige weitere „Schönheiten“ der Vorlage wollen wir noch in einem zweiten Artikel besprechen.

Bayern muss entwaffnen.

Erklärungen Briands im Senat.

Paris, 30. Mai. Ministerpräsident Briand erklärte im Senat, Frankreich, das so praktisch und voll von gesunden Menschenverstand sei, habe sich gesagt: Deutschland werde zahlen! Deutschland müsse zahlen! Aber inzwischen sei man auf sich selbst und auf das Prestige des Sieges angewiesen. Das Volk wolle von den Feinden soviel verlangen, wie möglich sei, aber die Erfahrungen mögen doch traurige Ausblüte auf. Man müsse die Lage mit Rationalität betrachten. Der Reichskanzler habe vor dem Reichstag erklärt, man sei besiegt, man müsse bezahlen. Man müsse Frankreich aber die Wahrheit sagen. Der Friedensvertrag mache Deutschland zu einem solidischen Pfand der Alliierten. Frankreich hätte also Ungelegenheiten gehabt, wenn es sich isoliert hätte, und zwar in politischer und auch in finanzieller Hinsicht. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, dann hätte das eine schwere Last werden können, aber wenn man Frankreich gelöst hätte, doch man durch Besetzung des Ruhrgebietes bezahlt werden würde, so wäre Frankreich darauf eingegangen. (Beifall.)

Die augenblickliche Regierung Deutschlands habe alle ihre Verpflichtungen gehalten. Er wolle der Welt den Eindruck der vollkommenen Loyalität und des guten Willens geben. (Lobhafter Beifall.) Ministerpräsident Briand erklärte sodann, man habe von Deutschland Friede eingegangen erzielt. Die Entwaffnung sei auf gutem Wege. Die Regierung sei schwach, sie könne gestärkt werden. Die einberufenen französischen Soldaten seien nach dem Rhein gegangen. Man habe versucht, sie von ihrer Pflicht abzuhalten. Sie hätten aber gewusst, welchen Dienst sie dem Vaterland erwiesen. Durch ihre Gegenwart hätten sich die Ereignisse gewandelt.

Briand ging darauf kurz auf die oberschlesische Frage ein, die er etwa in der gleichen Weise wie in der Kammer behandelte. Sodann hob er hervor, von welcher Bedeutung es sei für Frankreich sei, die Allianz aufrechtzuerhalten, und dass es von Wert sei, angesichts des guten Willens Deutschlands Mäßigung zu zeigen.

In der weiteren Debatte forderte General Hirschauer vollkommene Entwaffnung Deutschlands, namentlich hinsichtlich der Luftschiffahrt.

Briand ergriff nochmals das Wort, um zu erklären, die Frage der Sicherheit habe ihn vor allem andern beschäftigt. Die Organisationen in Bayern, wo ein beunruhigender Gesamtzustand herrsche, müssten aufgelöst werden. In der Frage der Sicherheit könne man nicht nachgeben.

Wenn Deutschland nicht wirklich entwaffe, werde man handeln müssen.

Wenn Deutschland guten Willen zeige, werde man mit ihm normale Beziehungen anknüpfen können. Der demokratische Geist müsse sich in Deutschland entwickeln.

Damit wurde die Generalsdebatte geschlossen. Die Weiterberatung der einzelnen Titel des Budgets wurde auf morgen vertagt.

Ein Sieg Briands im Senat.

Paris, 1. Juni. Im Senat brachte Herr eine Resolution ein, wonach der Senat verlangen soll, dass die Londoner Verschlüsse, die gemeinsam mit der Reparationskommission gefasst worden seien, dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt werden sollen. Diese Ausschüsse sollen unterjuchen, ob die erwähnten Entscheidungen eine Abänderung des Vertrags bedeuten und infolgedessen der Genehmigung des Parlaments bedürfen.

Nachdem Herr seinen Antrag begründet hatte, ergriff Briand das Wort. Er sagte: Durch den Vertrag werde bestimmt, dass Deutschland als verantwortlicher Teil alles bezahlen müsse; da es dies aber nicht könne, so habe man einen Teil seiner Schuld erlassen. Das sei der Vertrag, den die gegenwärtige Regierung anzuwenden habe. Wenn man erkläre, dass es sich bei den Verschlüssen um eine Abänderung des Vertrags handle, dann würden weder der Friedensvertrag noch die Reparationskommission existieren. Diese Politik würde aber dazu führen, dass Frankreich孤立iert würde. Die Regierung stelle darum unzweideutig den Antrag Herr ab. — Die Resolution Herr wurde darauf mit 269 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Die Budgettausgaben, die von Deutschland zurückgestellt werden sollen, wurden vom Senat angenommen und an die Kammer zurückgewiesen. Die Kammer nahm in einer Abstimmung um 10 Uhr 35 Minuten die Beratung des Budgets auf.

Mit der Ablehnung der Resolution Herr hat auch der Senat der Schwung Briands zu einer Politik der Mäßigung seine Sanction erteilt — und sogar mit einer bedeutend größeren Mehrheit als die Kammer. Dieses Ergebnis ist um so überraschender und bemerkenswerter, als im Senat noch immer die extretesten Imperialisten, mit Clemenceau als Präsident des Auswärtigen Ausschusses an der Spitze, den Ton angeben.

Günstiger Stand der Verhandlungen über den Holzhäuserbau.

Paris, 31. Mai. In der heutigen Sitzung des Senats verließte Minister Jouhaux das Regierungsprogramm für den Wiederaufbau. Er habe immer den Standpunkt vertreten, dass die Beweidung deutscher Arbeiter in größerem Umfang aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden müsse, namentlich aber deshalb, weil ganz erhebliche Teile der Arbeitsschäfte in Mark bezahlt werden müssten. Aber Deutschland könne sehr gut durch seine Arbeiter auf deutschem Gebiet Materialien herstellen lassen, die in Frankreich für den Wiederaufbau verwendet werden würden. Die Beschäftigung deutscher Arbeiter müsse sich auf die absolut verfügbaren Gebiete, die von der Bevölkerung verlassen seien, beschränken. Er müsse zugeben, dass durch eine derartige Beschränkung die Frage ihr tatsächliches Interesse verliere.

Die Deutschen hätten die Lieferung von 25 000 provisorischen Häusern angeboten. Er habe erklärt, dass man festgebaute Häuser liefern müsse. Darüber werde verhandelt. Etwa 1500 Häuser könnten in Monat geliefert werden. Die Lieferung könnte in kürzer Zeit auf 2500 gesteigert werden. Durch Holzhäuser würde eine Ersparnis von 20—25 Prozent im Verhältnis zu Steinhäusern erzielt. Wenn uns Deutschland keine annehmbaren Preise mache, so sei man nicht gezwungen, ihm Aufträge zu erteilen. Er hoffe aber, von Deutschland Materialien zu erlangen, aber nur in einem Maße, als dadurch das nationale Interesse nicht gefährdet werde. Aber die Industrie Frankreichs dürfe sich auch nicht der Faulheit hingeben; sie müsse sich vielmehr auf den Kampf der deutschen Industrie vorbereiten.

Paris, 30. Mai. Havas zufolge wurden heute nachmittag die Verhandlungen betrieben. Lieferung von 25 000 Holzhäusern von den deutschen und französischen Sachverständigen im Ministerium für die befreiten Gebiete fortgeführt. Die deutschen Vertreter legten etwa 20 Modelle von Häusern vor. Die verschiedenen Modelle wurden sofort den französischen Dienststellen für Häuserbau in den befreiten Gebieten sowie den Vertretern der Flugholzindustrie zur Prüfung weitergegeben. Die deutschen Vertreter haben u. a. angeboten, unentgeltlich einige Mo-

delle zu bauen, um vollkommenen Typen zu errichten, um französischen Behörden und den interessierten Einwohnern zu ermöglichen, sich ein Bild über die Beschaffenheit der angebotenen Häuser zu machen. Morgen nachmittag wird eine neue Sitzung abgehalten werden.

Paris, 31. Mai. Wie der Intranzigeant meint, kostet die abendliche Sitzung der deutschen und französischen Bausachverständigen, die über die Lieferung von 25 000 Holzhäusern verhandeln, stattfinden. Unter den Dutzenden von deutschen Modellen hätten sich die französischen Sachverständigen drei Typen herausgefiltert, eine für ein Arbeitshaus, eine für das Haus eines Meisters und eine für die Wohnung eines Arztes. Nachdem gestern die Deutschen die Preis für diese Typen angegeben hatten, seien sofort Vertreter des französischen Holzhauses aufgefordert worden, einen französischen Konkurrenzpreis aufzustellen, der als Preisgrundlage dienen soll. Die Entscheidung werde heute abend getroffen werden. Über die Beschaffenheit der deutschen Modelle schreibt das Blatt, es sei nicht unwahrscheinlich, dass diese Häuser, die an Ort und Stelle von den Deutschen zunächst probeweise aufgestellt werden würden, den Bewohnern, für die sie bestimmt sind, gefallen werden.

200 Millionen Goldmark hat bezahlt.

Berlin, 31. Mai. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der Reparationsfonds werden heute in Berlin mit über 50 Millionen Goldmark in Deuten als zweite Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark angeboten, so dass also jetzt insgesamt 200 Millionen Goldmark angezahlt sind.

In ihrem Reparationsvorschlag an Amerika hatte die deutsche Regierung bekanntlich angeboten, die von der Reparationskommission geforderte sofortige Zahlung von einer Goldmilliarde durch eine Barzahlung von 150 Millionen Goldmark und den Rest durch dreimonatige Schatzwechsel abzustatten. Dieses Angebot wurde in den Zahlungsplan des Ultimatums aufgenommen. Wie aus der Mitteilung des Reichsfinanzministeriums hervorgeht, ist aber nunmehr die deutsche Regierung über ihr ursprüngliches Angebot und die Forderungen der Entente hinaus gegangen, indem sie 200 Millionen Goldmark in bar bezahlt.

Goldankauf durch die Reichsbank.

U. Berlin, 1. Juni. Die Reichsbank gibt bekannt, dass wegen der finanziellen Verpflichtungen infolge des Ultimatums durch Vermittlung der Reichsbank und der Reichspost zu den Weltmarktpreisen ungefähr angepaften Preisen Goldankauf vorgenommen werden. Goldene Schmuckstücke und gebrauchte Gegenstände sind von dem Anlauf ausgeschlossen. Der von der Reichsbank und der Reichspost zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche. Er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises in jeder Woche neu festgesetzt. In der laufenden Woche steht er auf 280 M. für ein Kilogramm Feingold. Die Umlaufsteuer kommt bei diesen Ankäufen nicht in Anrechnung. Der anderweitige Ankauf ist strafbar.

Verständigung der Alliierten über die wegen Oberschlesiens zu treffenden Maßnahmen.

Frankreichs Vorschläge.

Paris, 31. Mai. Über den Inhalt der französischen Note auf die letzte englische Note, die, wie Havas meldet, gestern dem englischen Botschafter in Paris übergeben worden ist, schreibt das Journal des Debats, die französische Regierung erkläre darin, dass sie bemüht sei, die englischen Gefühle nicht zu verletzen und dass sie trotz erster Einwendungen den Vorschlag Oppeln als Sitz der Sachverständigen zu bestimmen, annehme. Indessen sei sie dem sofortigen Zusammentreten des Obersten Rates abgeneigt. Es seien in erster Linie Schwierigkeiten praktischer und persönlicher Art, die dem entgegenstünden. Premierminister Lloyd George sei während eines Teils der Woche abwesend, Ministerpräsident Briand werde in Paris durch die Senatsverhandlungen festgehalten und auch Graf Somlyo könne nicht rechtzeitig nach Boulogne abreisen. Die französische Regierung habe den Eindruck, dass der Zusammentritt des Obersten Rates eine Erregung der öffentlichen Meinung hervorrufen würde, die der Ruhe der Beratungen wenig günstig sei. Die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien müsste daher als Vorbedingung einer Zusammenkunft der Regierungschefs betrachtet werden. Über die französischen Anregungen, die darauf in der Note folgten, teilt der Temps mit, dass sie sich auf folgende drei Punkte erstreden:

1. Ein gemeinsames Vorgehen der alliierten Vertreter in Berlin und Warschau zum Zwecke der tatsächlichen Entwaffnung des Deutschen und Polen in Oberschlesien und Beendigung der Feindseligkeiten.

2. Eine Proklamation oder etwas Ähnliches an die oberschlesische Bevölkerung seitens der interalliierten Kommission, in der Wille der Regierung zum Ausdruck kommen soll, mit strenger Gerechtigkeit den Friedensvertrag anzuwenden.

3. Sofortige Bildung der Sachverständigenkommission, die an Ort und Stelle ihre Erhebungen vornehmen soll.

London, 31. Mai. Die Times meldet, dass die französische Regierung dem Teil des britischen Planes zugestimmt hat, in dem vorgesehen wird, dass der mittlere Teil Oberschlesiens zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken sofort unter Bewahrung durch alliierte Truppenkörper gestellt wird. Die französische Regierung lehnt es auch nicht unbedingt ab, dem weiteren britischen Vorschlag zuzustimmen, nach dem die Bevölkerung im Norden und Süden Oberschlesiens, die nach allgemeiner Ansicht an Deutschland bzw. an Polen fallen sollen, sofort von der deutschen bzw. polnischen Regierung bestellt werden sollen. Die Franzosen seien der Ansicht, dass — nachdem sich Korfanti bereit erklärt habe, seine Autorität an die interalliierte Abstimmungskommission abzutreten, — keine Notwendigkeit für die Einschaltung deutscher und polnischer regulärer Truppen bestehe.

Die britische Antwort an Frankreich läuft, der Times zufolge, darauf hinaus, dass erstens keine Anzeichen dafür bestehen, dass Korfanti seinen Vorschlag durchführen, und dass zweitens, falls dies doch eintreten sollte, dies um so besser sei, denn es würde dann den Polen leichter sein, Platz und Abris zu besiegen.

England wünscht baldige Abhaltung der Konferenz.

London, 31. Mai. Wie Reuter erfährt, geht der lezte Vorschlag der englischen Regierung dahin, dass die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates in der Mitte der nächsten Woche in Boulogne stattfinden soll. Auf der Tagessordnung steht Oberschlesien und möglicherweise auch die Prüfung der Sanctionen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass auch die durch die Regierung von Angora geschaffene Voge besprochen werden wird. Es ist sicher, dass die vereinigten Staaten und Japan vertreten sein werden.

London, 31. Mai. Daily Telegraph zufolge hat die britische Regierung Briand vorgeschlagen, entweder morgen oder am Donnerstag in Boulogne eine Konferenz zwischen den ersten Ministern Englands und Frankreichs und dem italienischen Botschafter in Paris abzuhalten, um die Einzelheiten des Sachver-

ständigerausstusses zu regeln, dessen Bericht dann etwa innerhalb einer Woche oder in zehn Tagen nach Zusammenstellung des Ausschusses einer Vollzügung des Obersten Rates unterbreitet werden könnte.

Auf Daily Mail hat die britische Regierung, dem französischen Vorschlag, einen neuen Sachverständigenausschuss zur Prüfung der gesamten Frage einer Teilung Oberschlesiens zu ernennen, noch nicht zugestimmt. Reuter erfährt: In manchen belgischen Kreisen ist man der Ansicht, der leichte Vorschlag über die Ernenntung einer Sachverständigenkommission treffe nicht den Kern der oberösterreichischen Frage. Es handle sich darum, ob beschließen, welchen Platz das zentraloberschlesische Wirtschaftsgebiet erhalten soll. Die englische Regierung ist nach wie vor der festen Ansicht, daß der Oberste Rat so schnell wie möglich zusammenentreten soll.

Rücktritt des englischen Kommissionsmitgliedes.

Paris, 31. Mai. Nach einer Harasmeldung aus London ist das britische Mitglied der interalliierten Abstimmungskommission in Oberschlesien, Oberst Percival, aus Gelundheitsgründen zurückgetreten; er wird durch Sir Harold Sturt, den ehemaligen Oberkommissar der interalliierten Rheinlandkommission, ersetzt.

Das italienische Projekt.

Rom, 31. Mai. Die Informationen über das Projekt des Generals Sforza über Oberschlesien lauten widersprüchlich. Während wohl informierte Kreise noch am Sonntag versicherten, Italien möge Polen über die Kreise Pleß und Rybnik hinaus wenig zu jagen, veröffentlicht jetzt die offizielle Tribune eine ganz andere Darstellung des Sforzschens Projekts. Danach soll Polen außer Pleß und Rybnik auch Kattowitz erhalten, sowie die Wohl zwischen einem kleinen Teile der Kreise Beuthen und Gleiwitz einschließlich der Bahnlinie nach Posen oder dem großen Teile der beiden Kreise mit Auschluß der Bahnlinie nach Polen haben.

Deutsche Kampfsberichte.

Wuppertal, 1. Juni. (T.-U.) Dienstagvormittag neun Uhr rückte ein weiterer Transport von Engländern in Stärke von ungefähr 250 Mann mit Maschinengewehren und Bagage hier ein — Trotz der immer größer werdenden Stärke der interalliierten Truppen werden die Aufständischen nicht daran, Ruhe zu bewahren. Besonders werden die Grenzüberschreitungen immer häufiger. So wie aus Krenzburg vom Dienstag berichtet: Im Abschnitt Vandenberg besetzten die Polen vorübergehend ein Waldstück bei Wiesloch. Dabei griffen die Polen von jenseits der Grenze mit Infanterie- und Maschinengewehrfeuer ein. Das Waldstück wurde im Gegenangriff wieder genommen. Beobachtete Verluste: Fünf Mann tot. Im Abschnitt Rosenberg standes feindliches Artillerie- und Maschinengewehrfeuer während der Nacht. Albrechtsdorf wurde mit zwanzig Schuß Artilleriefeuer belegt. — Aus Rottweil wird gemeldet: Im Abschnitt Süd wurde reger Zugverkehr von feindlicher Seite beobachtet. Im Abschnitt Nord wurde ein Freiwilliger bei der Feldarbeit verwundet. Im Abschnitt Rosel machten wie durch einen Patrouillenwachtturm ein feindliches Maschinengewehr unzähllich. Im Nordabschnitt des Kreises Rosel versuchte der Feind um 10.30 Uhr einen nächtlichen Feuerüberfall mit 80 bis 100 Mann. Auf der übrigen Front standes Maschinengewehrfeuer.

Was die Franzosen melden.

Paris, 1. Juni. (T.-U.) Französische Blätter melden, daß der Waffenstillstand in Oberschlesien kaum sechs Stunden gebraucht hätte. Trotz der Verhandlungen gegenüber der interalliierten Kommission hätten die deutschen Stoßtruppen die Polen an der Oberfront angegriffen. Sie seien aber von den Polen auf das linke Ufer zurückgeworfen worden. In Beuthen hätten die Deutschen aus Jenfern und von den Dächern herab auf französische Patrouillen geschossen, da die Franzosen die Polen unterstützt hätten. Die Stadt Beuthen sei von den deutschen Stoßtruppen umzingelt. Man verlue, die englischen Bataillone nach Beuthen zu laden, um an andern Orten auf die Polen geregelte Angriffe zu unternehmen.

Beginnender Rückzug der Polen?

Berlin, 1. Juni. Nach Blättermeldungen aus Oppeln beginnen sich die Polen in Kreise Groß-Strehlitz zurückzuziehen. Sie zerstören planmäßig die geräumten Gebiete. Der Kaiserliche Oberhafen ist vollständig unterminiert und soll bei einem weiteren Zurückzugehen gesprengt werden.

Hindenburg, 1. Juni. (T.-U.) In einem politischen Geheimbefehl wird mitgeteilt, daß sich bei den Kämpfen um Gogolin 200 Polen ergeben haben und daß bei den Kämpfen um den Annaberg 200 Polen die Gefangenshaft weiteren Kämpfen vorgezogen haben. Dieser Befehl sagt wörtlich: „Die Verluste an Menschen in den letzten Tagen sind außerordentlich stark. Mit Menschen muß gespart werden!“

Widerstand des deutschen Selbstschutzes.

Oppeln, 1. Juni. General Hoefer hat gestern abend der interalliierten Kommission seine Antwort auf das ihm gestern im Auftrage Le Ronds von dem französischen Obersten Caput gestellte Anjenn, sich mit den Polen an den Verhandlungstisch zu setzen, ertheilt. General Hoefer legt in seiner Antwort entschieden Verwahrung dagegen ein, daß von der interalliierten Kommission die Formationen des deutschen Selbstschutzes mit den polnischen Insurgenten auf die gleiche Stufe gestellt werden. Den Vorschlag der Entente, eine neutrale Zone zu schaffen, lehnt er unter den gegenwärtigen Umständen ab. Es sei bei der augenblicklichen Lage ausgeschlossen, daß die von den deutschen Selbstschutzformationen gehaltene Linie geräumt wird. — Bei Annaberg haben die Polen gestern mit starken Kräften angegriffen. — Die militärischen Operationen der Engländer werden heute beginnen.

Diese Haltung des Führers der deutschen Selbstschutzorganisationen kann die sich allmählich entspannende Lage aufs neue verschärfen. Es muß die Aufgabe der Regierung sein, ihren Einfluß geltend zu machen, damit diese neue Gefahr abgewendet wird.

Der dritte Prozeß vor dem Reichsgericht.

Noch ein Gefangenlager.

In Pommerensdorf bei Ahdamm in der Nähe von Stettin befindet sich ein guteingezirktes Gefangenlager, das mit Russen, Franzosen, Engländern und Serben besetzt war. Die Gefangenen wurden in einer chemischen Fabrik arbeiten, die nicht weit entfernt war, und zwar in zwei Schichten von je 12 Stunden. Die Arbeit war sehr anstrengend und oft gesundheitsschädigend. Wenn Chemikalien verarbeitet wurden, befanden die Leute alte Schwämme in den Mund zu nehmen und Schutzbrillen, von denen mitunter die Gläser fehlten.

Die Gefangenen waren in einem Schulgebäude untergebracht und unterstanden dem Unteroffizier Trinck, den Schilderungen nach ein notorischer Sünder. Seine rechte Hand war der Wachtmeister Robert Neumann, der wegen Misshandlung und Beleidigung von englischen Kriegsgefangenen in 18 Fällen sich jetzt verantworten hat, da der Unteroffizier gesühnet hat.

Diese beiden brutalisierten und misshandelten die Gefangenen nach Herzenslust. Einmal waren drei Gefangene geflohen, nach drei Tagen wieder festgenommen und vom Kriegsgericht in Ahdamm zu 14 Tagen Arrest verurteilt worden. Als Neumann sie aus Ahdamm nach Pommerensdorf zurückholte empfing er sie schon auf dem Hof mit Kesselschüssen. Der Unteroffizier „urteilte“ sie eigenmächtig zu nochmals 8 Tagen Eins-

chleichen. Außerdem soll er sie drei Tage lang je 8 Stunden haben schlafen lassen. Im ersten Tage packte er einen Gefangenen beim Kragen und als er abwehrte, nahm er ihn mit auf seine Stube, um ihm „tückig eins einzustreuen“. Er zog ihn über den Tisch und schlug aufs Geratewohl mit dem Seitengewehr zu. Als Neumann am Nachmittag die Auflösung beim Stützpunkt hatte, ließ er drei Mann, die bei der Räte (im Dezember 1917) waren, nach 10 Minuten am ganzen Körper zittern, herumlaufen und bestrafte ihnen auch heißen Kakao. Er war der einzige Aufsichtsführende, der ihnen das erlaubte,

Auf eine Befreiwerde der Gefangenen hin, besuchte der General v. d. Goltz das Lager. Was er angeordnet hat, wissen die Gefangenen nicht, der Angeklagte aber behauptet, daß der General ihn belobigend auf die Schulter geklopft habe.

Ein neuangekommener Trupp von Gefangenen, der bei wenig Nahrung von abends 6 Uhr bis früh 6 Uhr arbeiten mußte, ließ sich nach dem Erläutern dem Unteroffizier mitteilen, daß er die Arbeit unter solchen Umständen verweigern müsse. Am Abend beim Antreten hielten die Leute die Weigerung aufrecht und besiegten die Befehle des Unteroffiziers nicht. Dieser erhielt aus telefonischer Anfrage von der Kommandantur den Befehl, die Gefangenen zur Arbeit zu zwingen. Er rief seinen Leuten zu: „Kerls los!“ Neumann schlug als erster mit der Faust einem auf den Kopf, daß er zusammenbrach, und die anderen schlugen nun mit Kofeln auf die Gefangenen ein. Auch Neumann soll dann noch mit dem Gewehrlauf zugeschlagen haben.

Manche der 25 Zeugen belasten den Unteroffizier mehr als den Angeklagten. Die meisten aber beschworen sich über rohe Behandlung durch Neumann bei der Arbeit und im Lager. Faustschläge vor die Brust, Kollenschläge und Fußtritte bei mancherlei Gelegenheiten, an Kraut, die im Bett lagen, an Attretende, die zu langsam an ihren Schubkarren kamen, dazu Schnitzworte wie Schwein, Schweinehund und ähnliches wissen die meisten Zeugen zu berichten.

Der Zeuge Kirnbriide wurde von Neumann mit der Faust vor den Magen und dann mit dem Kofeln auf den Hinterkopf geschlagen, so daß er einige Monate im Lazarett in Altdamm behandelt werden mußte. Hierzu behauptet der Angeklagte, der Zeuge wäre geisteskrank gewesen und könne nun viel erzählen.

Neumann behauptet, der Unteroffizier habe ihn extra aufgesordert, den Kofeln zu gebrauchen.

Sonnabends hatten die Gefangenen Gelegenheit, mit den Posten zu gehen. Ost genug betrat er sich bei dieser Gelegenheit. Neumann, der das nie litt, sagte am anderen Tage zu einem Aufseher von drei Gefangenen: „Gestern waren die befreit wie die Schweine!“ Das sei die ganze Beschlippung, die er sich erlaubt habe.

Die Aufseher der Fabrik sagen von ihm aus, daß er der einzige zuverlässige Wachmann gewesen sei, der sich streng nach der Instruktion richtete und die Gefangenen zur Arbeit anhielt, auch keine Geschenke von ihnen annahm.

Ein Aufseher erzählt, daß er bei einer Auseinandersetzung mit einem Engländer, der ihn geschlagen habe, von einem deutschen Posten mit dem Gewehr bedroht worden sei. Der Aufseher, der mit einer Schaufel sich wehren wollte, traf infolgedessen den Posten und verletzte ihn am Kinn. Der Unteroffizier hat den Mann instruiert, daß er den Engländer und nicht den Deutschen harte kämpffähig machen müssen. Eine Meldung unterstellt er, weil der Verletzte es nicht wollte. Auch ein 65-jähriger Aufseher wurde von den Engländern vorprilgt, ohne daß die Sache verfolgt wurde!

Das Urteil wird auch in dieser Sache mild genug ausfallen. Da die Engländer selbst zugeben, die Arbeit verweigert, und die Befehle nicht befolgt zu haben, wird das Gericht auch hier wieder Meuterel als vorliegend ansehen und den Angeklagten in diesem Falle freisprechen. Die Ursachen, die zu dieser „Meuterel“ führten — Richticht von 12 Stunden bei schlechter Ernährung — kommen ja für das Gericht nicht in Frage.

Bleiben also nur noch die Rechtsdelikte übrig, die nur durch die Auslagen der Engländer bezeugt werden und für die man mit der Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin schon genügend Entschuldigungsgründe finden wird. Um so mehr als andere Posten öfters ein Auge zudrehen, wenn die Gefangenen Spülungen tranken oder mit den Arbeitern pötzlichten.

Der Angeklagte sitzt seit 4 Monaten in Untersuchungshaft. Über das Urteil werden wir noch berichten.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

Die Bergarbeiterführer für Ablehnung der neuen Vorschläge.

London, 1. Juni. Die Verwaltungen der Bergarbeiter in Süd-Wales und der schottischen Bergarbeiter haben beschlossen, ihren Mitgliedern zur Ablehnung der neuen Regierungsvorschläge zu raten. Die Hafenarbeiter in Glasgow beschlossen, den Streik fortzusetzen. Die Eisenbahner haben Geldunterstützungen versprochen.

London, 31. Mai. (Reuter.) In einer Ansprache in London teilte der Sekretär des Bergarbeiterverbands, Hodges, mit, daß die Bergarbeiter einen ehrenvollen Abschluß wünschen, welcher ihnen einen hohen Preis für Kohle, Gas und Elektrizität bringt. Die Regierung müßte eine Unterstützung bis zum 30. September versprechen.

Verwendung des Ausnahmegesetzes.

London, 1. Juni. Gestern am 31. Tage des Bergarbeiterstreiks, war es noch zu keiner Regelung gekommen. Die Regierung hat einen Erlass veröffentlicht, wonach die Behörden auf Grund der Ausnahmebestimmungen die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sowie andre Werke mit Beschlag belegen und Lebensmittel, Kohlenvorräte, Maschinen usw. requirieren können. Sie werden auch das Recht haben, den Preis für Kohle, Gas und Elektrizität festzulegen, sowie den Verkauf von Brennstoff für Motoren zu beachtigen.

Reichstag.

Berlin, 31. Mai. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 3 Uhr 20 Minuten und widmet den während der Wählertag verstorbenen Abgeordneten Tuch (D. Bp.) und Dr. Wiebel (Dnl.) einige ehrende Worte. Sodann teilt er mit, daß gestern die Nachricht eingegangen ist, polnische Insurgenten in Oberschlesien haben das Reichstagsmitglied Hartmann (Dnl.) gefangen genommen und verschleppt. Das Auswärtige Amt ist verständigt, damit es auf die internationale Kommission einwirkt, den Abgeordneten Hartmann zu befreien. (Zuruf Malzahn (Komm.): Und Wendelin Thomas? — Zuruf Hoffmann (Komm.): Die Orgel darf das!) Ich nehme an, die Regierung wird uns mitteilen, welche Schritte sie unternommen hat.

Der Minister des Innern erucht in einem Schreiben den Reichstag um Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Remmeli (Komm.) wegen Beleidigung. Das Ersuchen wird der Geschäftsausschussskommission überwiesen.

Abg. Höltlein (Komm.) beantragt zur Geschäftsausschusss, Anträge wegen Ausschaltung des Belagerungszustandes, Amnestie, Aussöhnung der Selbstschutzorganisationen und Aussöhnung der außerordentlichen Gerichte auf die Tagesordnung zu setzen. Die un-

gläublichen Zustände in Mitteldeutschland herrschen nach wie vor. Die bewaffnete Macht drängt hier die kommunistische Bevölkerung. In Bayern ist es nicht anders. Jeder, der im Gruch steht, Kommunist zu sein, wird von Spiezen gehegt und aus jedem möglichen oder unmöglichen Anlaß ins Justizhaus gestellt. Nicht nur Ausländer werden dort nicht geduldet, sondern auch Reichsdeutsche aus Bayern ausgewiesen, wenn sie Kommunisten sind. Dagegen erfreut sich eine internationale Verschwörerelque dort bester Duldung.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Wir haben nichts dagegen, daß in den allerlängsten Tagen diese Anträge verhandelt werden. Aber dazu bietet sich dem Vorredner auch Gelegenheit bei der morgen erfolgenden Entgegnahme der Regierungserklärung. Heute können die Anträge schon deshalb nicht verhandelt werden, weil niemand von der Regierung zugegen ist.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich beantrage, den Antrag Höltlein anzunehmen. Die Ausführungen des Herrn Müller-Franken könnten vielleicht dann als wichtig aufgeführt werden, wenn die Frage nun wäre. Die Regierung hat Zeit genug gehabt, zu dem Amnestieantrag und den übrigen Anträgen Stellung zu nehmen. Sie hat sich auch zweifellos mit der Frage beschäftigt. Wenn die wichtige Frage der Abgabe der programmatischen Erklärung der Regierung auch noch mit der Behandlung dieser Anträge belastet werden soll, kann das weder dem einen noch dem andern zum Vorteil gereichen. Gerade die in Aussicht stehende Regierungserklärung rechtfertigt die Vornahme der Debatte über diese Anträge.

Präsident Löbe: Geschäftsausschungsmäßig würde der Widerspruch eines Mitgliedes genügen, um die Anträge abzulehnen.

Abg. Höltlein (Komm.) fordert noch einmal die Annahme seines Antrages, der Tausende und Abertausende von Proletariern anziehe.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnl.) widerspricht namens seiner Fraktion, womit der Antrag abgelehnt ist.

Abg. Malzahn (Komm.) beantragt, alle Anträge, die die Erwerbslosenfrage behandeln, auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Löbe: Erhebt sich gegen diesen Antrag Widerspruch?

Abg. Hoffmann (Komm.) protestiert gegen diese Fragestellung. Neben dem Antrag muß ordnungsgemäß abgestimmt werden. Der Präsident hat bei der Schlüpfung der vorigen Tagung sich vorbehalten.

Präsident Löbe: Dann hätten die Anträge vor Zusammentritt des Hauses bei mir eingerichtet werden müssen.

Der Antrag Malzahn wird abgelehnt. — Es folgen kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Graef-Thüringen, aus welchen Gründen durch einen Eingriff des Reichsministeriums des Innern der Chef der Thüringer Staatspolizei, Major Müller-Brandenburg in Weimar, vorsichtig seines Amtes enthoben sei, antwortet ein Regierungsratvertreter: Die Untersuchung, die von der thüringischen Landesregierung geführt wird, sind noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich um Anschuldigungen, Angehörige der thüringischen Polizei hätten den Sommerfesten an der Uniform getragen. Bei Besucherfeiern seien Mitglieder der Unabhängigen und der Kommunisten bevorzugt worden. Auch hochrangige Beamte sollen vorgekommen sein. Wenn die Untersuchung nicht abgeschlossen ist, könne Auskunft nicht gegeben werden.

Die Rechtssozialisten fragen durch den Abg. Simon-Schwarzen an, ob das Reichsverkehrsministerium bereit ist, die Brotracht erhöhung, die um das Dreifache höher bemessen ist als die Fracht für Mehl, zurückzunehmen und den Frachtfaktor für Brot im Güterverkehr dem Frachtfaktor für Mehl in Waggonladungen gleichzustellen. — Ein Regierungsratvertreter zur Beantwortung ist nicht da.

Abg. Janschel (Soz.) fragt, was die Regierung zu tun gedenkt, um der drohenden Arbeitslosigkeit von 800 Arbeitern vorzubeugen, die durch die Unterbrechung der Nutzung zweier neuer Schächte auf der Zeche „Maximilian“ herbeigeführt werde. Die Unterbrechung sei erfolgt, obwohl das Kohlengebäude im Herbst dieses Jahres hätte erreicht werden können.

Ein Regierungsratvertreter antwortet, die Sache geht Preußen an. Die Anträge seien an den Ausschuß des preußischen Landtages überwiesen worden. Für die arbeitslos werdende Belegschaft sei Arbeitsgelegenheit geschaffen.

Abg. Moses (U. Soz.) fragt, was die Regierung zu tun gedenkt, damit die Heilstätte Beelitz, die sich infolge mangelnder Reichssubstanz zur Auflösung der Kinderheilstätte, zur Einstellung der Zahnschlöpfe und zur Einschränkung der Zahl der Betten für Jugendliche auf 300 bis 400 gezwungen habe, diese Maßnahmen nicht durchzuführen brauche.

Ein Regierungsratvertreter: Es müsse abgewartet werden, ob der finanzielle Notstand der Versicherungsanstalt sich beheben läßt. Die Regierung erwartet, daß dies erreicht wird.

Neben diesen Anfragen werden noch eine Reihe anderer der Deutschnationalen, Demokraten usw. erledigt. — Der Gesetzentwurf über den Volksentscheid wird auf Vorschlag des Präsidenten dem Reichstag überwiesen.

Sodann teilt Regierungsrat von Malzahn mit, die Regierung habe eine Note an die interalliierte Kommission gesandt mit der Forderung, sofort die erforderlichen Schritte zur Befreiung des Abgeordneten Hartmann zu tun. Der deutsche Vertreter Graf Bräschma habe diese Forderung mündlich und eindringlich wiederholt. Eine Antwort der interalliierten Kommission liegt noch nicht vor.

Schluß der Sitzung 4½ Uhr. — Nächste Sitzung Mittwoch, nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Entgegnahme einer Regierungserklärung.

Verantwortlich für den redaktionellen Tell:

Erich Frenzel in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenleiter:

Friedrich Piller, Borsdorff-Lipzig.

Dr

Haushalt-Woche

KAUFHAUS
BRIESEL

Lesen Sie

Prüfen Sie

Dieses unser erstes grosses Sortiments-Angebot der Nachkriegszeit zeichnet sich ganz besonders aus durch
**denkbar grösste Auswahl, vorzügliche Qualitäten
besonders niedrige Preise**

PORZELLAN

Speiseteller tief und fl. u. glatt	2.90
Kompotteller Feston gl.	2.55
Abeudbretteller Feston und glatt, 19 cm.	1.95
Tassen (Ob.- u. Untertasse) konisch	2.90
Teetassen halbhoch. Paar	3.50
Eouillontassen konisch ...	4.75
Butterglocken ½ Pfund ...	7.00
Butterglocken ½ Pfund. m. Goldr.	9.85
Fleischplatten Feston, je nach Größe	4.75
Salats Fest., je nach Gr. 8.75 5.75	4.50
Saucieren	9.75
Brotkörbe weiß 5.50, m. Dekor	15.50
Kuchenteller weiß m. Dekor.	13.50
Kaffeekannen neukonisch, je nach Größe	12.00
Gleifer konisch	3.75
Teekannen Serviceform.	15.00
Déjeuners Stell. m. hübsch. Dekor	27.50
Kaffee-Service 9 teilig. 55.00 aparte Muster 82.00 73.00	
Speise-Service 28 teilig. 250.00 310.00	
Kuchen - Garnituren 230.00 22 teilig mit Gold-Stempel	

STEINGUT

Speiseteller tief und flach 1.65	1.45
Salats Feston je nach Größe 6.25	2.10
Fleischplatten je nach Größe	6.75
11.00 8.75	
Obertassen verschiedene Formen	9.50
Brotplatten	2.85
Wasch - Garnituren mit Dekor, Stellig 75 45 39.50 4-teilig	33.00
Küchen - Garnituren 22 teilig, mit Dekor	180.00 165.00

Bürstenwaren

in nur guter Friedensqualität.	
Scheuerbürsten rein Wursel	95.0
Scheuerbürsten Fibre	1.75
Schrubber rein Fibre	3.50
Wischer rein Fibre	3.50
Handwaschbürsten rein Fibre	75.0
doppelt 2.25, einfach	1.50
Schmutzbürsten	1.95
Hufragbürsten Borsten	1.85
Glanzbürsten Borst. 5.25 5.00	4.25
Spülsteingarnitur 6-teilig	15.50
Haarbürsten reine Borsten	6.00
Kleiderbürsten Borsten gem.	6.25
Röshaarbesen	14.00
33.00 28.00 24.00	
Röshaarhandiger	8.25
16.00 13.00	

GLASWAREN

Ja weiße, reine Ware	
Garnitur „Diamant“	
Kompotts rund	11 13 15 16 18 20 22 25 cm
1.55 2.10 4.00 5.75 6.75 6.75	
Kompotts eingezogen u. eckig	10 12 14 17 19 22 cm
1.70 2.25 4.25 6.25 7.25 9.25	
Kompotteller 14/12	1.75
Butterdosen mit Deckel	4.00
Kuchenteller	11.75 10.00
Käseglocken mit Deckel	9.25
Fruchtschalen mit Fuß	15.00
Tortenplatten	15.00
Tabletts viereckig	3.75
Jardinieren oval	11.00 7.00 5.00
Likör-Service mit Untersatz und 6 Gläsern	22.00
Wasserbecher	1.85

Garnitur „Brüssel“	
Kompotteller 18 ½ cm	2.25
Kompotts eingezogen und rund	11 13 15 16 18 20 22 25 cm
2.25 3.25 5.50 9.00 11.00 13.00	
Kompotts eckig	10 12 14 18 20 22 cm
2.85 3.25 5.50 9.00 11.00 13.00	
Butterdosen mit Deckel	4.50
Kuchenteller	13.50 11.50
Käseglocken mit Deckel	11.00
Tortenplatten	15.50
Fruchtschalen	15.50
Vasen	9.25 6.75 3.75
Krystallglas	
Römer weiß, verschiedene Formen	6.75 5.75 4.85
Likörgläser weiß und bunt	4.75 4.25 4.00
Sport - Likörgläser bunt	5.00

Lackierwaren

in nur bester Lackierung	
Brotkörbe weiß, rund mit hübschem Dekor	8.00
Brotkörbe oval mit hübschem Dekor	9.25
Brotkapseln rund, Inhalt 3 Kilo	19.50
Brotkapseln oval, Inhalt 3 Kilo	28.00
Gebäckkasten viereckig, ver-	23.00
schiedene Dessins - 2 Kilo	
Garnitur „Ruth“ weiß lackiert, hübsch Dekor	
Kaffee- u. Zuckerdosen	6.25
Weißblech	
Tee- und Kakaodosen	5.50
Weißblech	
S.-S.-S.-Garnitur	15.00
Fettlöffelblech	15.00
Bürstenbleche	9.50
Gartengießkannen extra stark, m. Doppelstütze, 10 u. 8 Ltr.	27.00 24.00

Blechwaren

in solider Ausführung	
Springformen ganz Weißblech mit Hobelverschluß	7.25 6.25 7.00 8.00 9.50
5.25 6.25 7.00 8.00 9.50	
Fischformen Ja verzinkt, je nach Größe	5.50 4.25
Aschekuchenformen	9.00 7.50
Königskuchenformen	7.25 5.50 5.00
Reiben Weißblech	4.00
Universalsiebe mit drei auswechselbaren Boden	10.50 8.75
Bouillonsiebe mit Gewebedoden	3.75 3.25
Kaffeesiebe mit eingerolltem Stiel	95.0
Reisräder Weißblech, glatt, je nach Größe	12.50 11.75
Kartoffelpressen	9.75 8.50

Korbwaren

Holländer Schwingen	
gesessen	22.50 21.00 19.00
Holländer Schwingen	
lackiert und bemalt	23.50 22.00 20.00
Armkorb offen, weiß, Weide, je nach Größe	13.00 11.00 9.00
Armkorb offen, lackiert und be- malt	20.00 18.50 17.50
Kinderkörbe	4.50 3.50
Schalenkörbchen	8.00 7.00
Tabletts m. Glaseint.	20.00 17.50
Waschbretter	7.50

Zinkeimer

in guter Zinkeinlage, je nach Qualität	
15.50 12.75 9.75	7.50
14.00 17.00 21.00	25.00 28.00 30.00

Stahlwaren/Bestecke

Alum.-Kaffeelöffel rein Al.	30.0
Alum.-Kaffeelöffel	70.0
geschliffen, poliert	
Alum.-Eßlöffel u. Gabeln	70.0
Stück	
Alum.-Löffel u. -Gabeln	1.00
geschliffen, poliert	
Saucenlöffel	2.25
Vorleger	6.25
Tischmesser gute Solinger Klinge mit Aluminium-Heft	4.75
Dessertmesser gute Solinger Klinge	4.25
Tischmesser Ja Solinger Ware 6.00 4.75	2.75
Tischbestecke Ja Solinger Ware Paar 9.50 7.50	6.25
Tischbestecke Stahlvern. Paar	9.50
Brotmesser Ja 18.50 12.50	5.00
Gemüsemesser Ja 2.50 1.95	1.35

Emaillewaren

besonders gute Qualität							
Schmortöpfe							
16	18	20	22	24	26	cm	
7.50	9.25	11.00	13.25	16.00	19.50		
M							

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. Juni.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Großjohanner. Donnerstag Diskussionsabend in der Schule. Vortrag des Genossen Gilbert: Das neue Europa.

Betriebsräte, Arbeiters- und Angestelltenräte, Betriebsobmänner! Dienstag, den 7. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus (großer Saal) Betriebsräte-Vollversammlung. Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis- und Erwerbslosenfragen. Referenten: Genossen Franz Vorius und Albert Grunert. 2. Aussprache. Gewerkschaftsrat Leipzig.

Akademie Braunschweig. Freitag, den 3. Juni, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9. Thema: Weltwirtschaft.

Die neuen Eisenbahn-Fahrpreise

ab 1. Juni 1921

von Leipzig nach sächsischen Stationen (4. Klasse)

km	km	km
155 Altdorf	21.—	148 Johanngeorgenstadt 19.—
45 Altenburg	6.—	54 Leisnig 7.50
141 Annaberg	19.—	18 Machern 2.40
118 Aue	16.—	16 Markranstädt 2.10
125 Auerbach	17.—	66 Meierone 9.—
158 Bad Elster	21.—	107 Meihen 14.—
33 Bad Lausick	4.30	21 Naundorf 2.80
173 Bautzen	23.—	88 Nossen 12.—
16 Beucha	2.10	17 Oberholz 2.30
34 Borna ab Hbf.	4.50	167 Oberwiesenthal 22.—
28 Borna ab Bahn. Bhf.	3.70	142 Döbeln l. B. 19.—
81 Chemnitz	11.—	53 Döbisch 7.—
46 Colditz	6.—	62 Penig über Narsdorf 8.50
149 Cranzahl	20.—	77 Penig über Grobholzen 11.—
69 Grimmaischau	9.—	137 Pötra 18.—
44 Dahlen	6.—	122 Plauen 16.—
67 Döbeln	9.—	97 Reichenbach 13.—
36 Dornreichenbach	4.70	62 Rieß 9.—
118 Dresden	16.—	58 Roßlitz 8.—
136 Eibenstock	18.—	160 Schandau 21.—
125 Freiberg über Chemnitz	17.—	80 Werdau 11.—
109 Freiberg über Nossen	15.—	48 Werdau 6.50
41 Geithain über Borna	5.50	26 Wurzen 3.40
44 Geithain über Döbeln	8.—	223 Zillau 29.—
76 Glauchau	10.—	114 Zschopau 15.—
31 Grimma	4.10	15 Zwönitz 2.—
23 Großdöbeln	3.—	90 Zwönitz 12.—
25 Groß-Sternberg	3.30	

von Leipzig nach außerstädtischen Stationen (4. Klasse)

km	km	km
81 Apolda	11.—	63 Gera ab Plagw. Bhf. 8.50
140 Arnstadt	19.—	102 Greiz 14.—
62 Bad Kösen	8.50	38 Halle 5.—
59 Bad Schmiedeberg	8.—	374 Hamburg 49.—
70 Bad Sulza	9.50	269 Hannover 35.—
115 Barthmühle	15.—	40 Hapenburg ab Plagw. B. 4.20
165 Bennedekstein	22.—	91 Jena 12.—
118 Berga-Alsbra	16.—	167 Ilmenau 22.—
165 Berlin	22.—	30 Lucka 3.90
233 Bernkastel	31.—	120 Magdeburg 16.—
33 Bitterfeld	4.30	43 Merseburg ab Corbetta 6.—
139 Blankenburg i. Thür.	19.—	52 Merseburg über Halle 7.—
143 Blankenburg i. Harz	20.—	489 München 64.—
392 Bremen	51.—	54 Naumburg a. d. S. 7.50
355 Breslau	47.—	20 Pegau ab Plagw. Bhf. 2.60
256 Cottbus	34.—	130 Rudolstadt 17.—
82 Crossen ab Hbf.	8.50	130 Saalfeld ab Plagw. Bhf. 17.—
51 Crossen ab Plagw. Bhf.	7.—	154 Schwarzenberg 21.—
59 Delitz	8.—	49 Görlitz 6.50
43 Döbeln	6.—	300 Stettin 39.—
27 Dörrnberg	3.60	500 Stuttgart 65.—
25 Eilenburg	3.30	142 Thale i. Harz 19.—
174 Eisenach	23.—	86 Weida 12.—
70 Eisenberg	9.50	96 Weimar 13.—
386 Frankfurt a. M.	51.—	152 Wernigerode 20.—
61 Freiburg a. d. Unstrut	8.—	45 Zeitz ab Hbf. 6.—
74 Gera ab Hbf.	10.—	34 Zeitz ab Plagw. Bhf. 4.50

Fahrpreis pro Kilometer (Personenzug):

IV. Klasse	III. Klasse	II. Klasse	I. Klasse
13 Pfsg.	19.5 Pfsg.	32.5 Pfsg.	58.5 Pfsg.

Bei den ermittelten Fahrpreisen zwischen 5 bis 10 Mk. auf 50 Pfsg. von mehr als 10 Mk. auf volle Mark aufgerundet.

Großer Festball gegen die Kommunalisierung.

Ein neues Mittel gegen den Sozialismus ist erfunden worden. Die Leipziger Mittelständler, gelben Vereine, Handwerkertreiter wollen am 5. Juni gegen die Kommunalisierung tanzen!! Damit wird der Gedanke der Kommunalisierung bestimmt zugunsten gerichtet. Die Herrschaften sollten sich das Mittel patentieren lassen.

Aber am Sonntag, dem 5. Juni, wird in Meusdorf der große Leipziger Handwerkertag stattfinden. Die gelben Fleischer und Bäcker sowie ähnliche Gruppen machen mit. Die Lehrlinge werden ebenfalls freundlich eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt „nur“ 4.15 M. Lehrlinge und Kinder zahlen die Hälfte. Der Beitrag soll — laut Programm — „zur Bekämpfung der Kommunalisierungsbemühungen dienen“. Als Protektor des großen Vergnügens wird Bäckermeister Kunisch-Dresden genannt. Aus dem Programm heben wir hervor: Fahnen-Rundfahrt durch die Stadt. Intimes Kabarett und Tanz im großen Bürgersaal. Begrüßungsansprache des 1. Vorsitzenden. Fette Rede, gehalten vom Landtagsabgeordneten Rößig. Ansprachen der Ehrengäste und Deputationen. Großer Festball in der Festhalle. Ball im Bürgerhaus.

Aber Fahnenumzüge, Festreden, Festball, intimes Kabarett (wohl für die Lehrlinge und die christlich gesinnten und leidenschaftlichen gelben Gesellen!) Das sind die Requisiten, mit denen die Handwerker die Kommunalisierung totzuschlagen gedenken. Meusdorf wird ein volles Haus haben. Das intime Kabarett und die Bälle werden ziehen. Doch der Kommunalisierungsbemühungen, der Sozialismus, sie werden marschieren, und es wäre gerade im Interesse der Lehrlinge, der gelben Gesellen und auch der Handwerkmeister zu wünschen, wenn sich diese Kreise einmal ernstlich mit den Fragen der Kommunalisierung und So-

zialisierung beschäftigen würden. Die Handwerkmeister werden durchaus nicht geschont und gebraten, wenn der Sozialismus kommt. Im Gegenteil! Viele von ihnen werden sich wohl fühlen als jetzt, im Zeitalter des Großkapitalismus, der die Lage des Handwerks täglich mehr bedroht. Kommunalisierung und Sozialisierung bezwecken ja weiter nichts als die Wirtschaft auf eine höhere Stufe zu bringen zum Wohle der Gesamtheit. Die heutige Wirtschaft dient nur den Profitinteressen der Besitzenden, die ja auch zahlreiche kleine Gewerbetreibende schwer schädigt. Und die armen Schlucker, die gelben Gesellen, die werden ja durch die Kommunalisierung und Sozialisierung erst eine menschenwürdige Existenz erhalten. Sie haben wirklich gar keine Ursache, gegen die neue Entwicklung zu tanzen. Doch der Unverständ in diesen Kreisen ist noch groß, und so wird Meusdorf, wie schon gesagt, ein volles Haus haben. Inzwischen geht die Entwicklung weiter, und die Innungsherrschäften werden schließlich vor dem Sozialismus kapitulieren müssen.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterväter ihre Kinder, die Lehrlinge sind, von diesem sozialistischen Treiben fernhalten.

Reicht es zum Verhungern?

Wir haben wiederholt auf die hämmerlich niedrigen Rationen hingewiesen, die den Opfern des Kapp-Putschs gewährt werden. Heute können wir erneut ein Beispiel dafür erbringen. Der Genosse Richard Schröder in L. Löpzig hatte am 20. März 1920 im Auftrage seines Vaters einen Weg zu erleben, der ihn durch die Querstraße führte. Als Schröder in die Nähe der Poststraße kam, rief auf einmal der am Johannisplatz aufgestellte Zeitstellwagenposten ohne jeden Anlaß: Strafe frei! Noch ehe die Straßenpassanten die Strafe frei machen konnten, begann der Posten auch schon zu schreien, obwohl keinerlei Auflauf oder etwas Bedeutiges zu beobachten war. Aus etwa 200 Meter Entfernung traf ein Schuß den Genossen Schröder tödlich. Seine Frau erhob nun Ansprüche auf Rente, sowie auf Erstattung von 534.50 M. Begräbniskosten und 60 M. Sachschaden. Dreizehn Monate hat es gedauert, bis der Witwe mitgeteilt wurde, daß ihr und ihren beiden Kindern Hinterbezugsrente in der gesetzlichen Höhe zugestellt worden ist. Im Übrigen heißt es in der Begründung: „Der weitergehende Antrag muß zurückgewiesen werden, da er sachlich nicht begründet ist.“ Begräbniskosten und Sachschaden werden also nicht erlegt. Dennoch bekommt also die Witwe eine monatliche Rente von 57.00 M. für die beiden Waisen werden zusammen 47.60 M. gezahlt. Das reicht vielleicht gerade zum Verhungern, zum Sattwerden ist es sicherlich zu wenig. Der Vater des Genossen Schröder, der als Posten ohne jeden Anlaß in friedliche Straßenpassanten schoss, ist selbstverständlich nicht bestraft worden, obwohl es ein leichtes gewesen wäre, den Mordbuben zu ermitteln, wenn — nun wenn eben die Absicht dazu bestanden hätte. Der Geliebte und seine Familienangehörigen sind die unschuldigen Opfer der Kappverbrecher, die Kapisten aber laufen straflos umher und sind heute noch bereit, ihre schändlichen Kredituren an der Bevölkerung zu wiederholen. So will es der Klassenstaat, solange es sich die Arbeiter gefallen lassen.

Das Eingeständnis des Dr. Herling.

Wie oft haben die Christlichen in den Elternversammlungen betont, daß ihnen ebenso wie den Anhängern der weltlichen Schule daran liegt, alle Bestrebungen zu unterstützen, die eine Förderung der Volkschule beweisen. Wie enttäuscht haben sie sich gegen den Vortrag gewandt, bewußt oder unbewußt die Verschlagung der Volkschule zu erstreben. Wie viele Eltern haben sie mit ihrem Gescheh, die Religion sei in Gefahr, davon abzulenken gewußt, ihre Aufrichtigkeit der wirklichen Gefahr zu zuwenden, die darin liegt, daß die allgemeine Volkschule in eine Unmenge katholische und antikirchliche Schulbetriebe gespalten und damit der konfessionellen Haber schon unter die Kinder gesetzt wird.

Zuletzt glaubten die Herrschaften die Zeit für gekommen, die Maske abwerfen zu können und ihre wahren Absichten offen zu sagen. So schreibt in Nr. 35 des Leipziger Kirchenblattes Herr Dr. Herling über die Aufgaben der unter seiner Leitung stehenden christlichen Elternvereine:

Wie der Volkskirchliche Laienbund die Simultanschule abgelehnt und die christliche Bekennnissschule gefordert hat, so sind die Vereine christlicher Eltern zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet, die christliche Bekennnissschule zu erstreben und zur Errichtung dieses Ziels auf möglichst baldige Trennung der Schulen (im Original gesperrt!) hinzuwirken.

Zynischer kann man seine wahren Absichten wohl nicht aussprechen. Das sind die von „wahren deutschen Geiste“ durchdrungenen Patrioten, die sich die Kehle wundschreien, ein einziger Volk von Brüdern zu bilden, und dabei Vereine bilden zu dem ausgesprochenen Zwecke, die angeblich erstrebte Einheit, das Zusammengehörigkeitsgefühl schon bei den Kindern zu erzielen. Offenbar ist die Heuchelei der christlichen Elternvereine noch nie erhöhlt worden als durch das Bekennen des Herrn Herling.

Die Kirche bekämpft offiziell den Sozialismus.

In den Leipziger Neuesten Nachrichten war am 24. Mai 1921 unter Kirchliches zu lesen:

Arbeitsgemeinschaft des Volkskirchlichen Laienbundes. Lehrgang für den kirchlichen Abwehrdienst gegen Sozialismus und Materialismus. Leitung: Pastor Borchewitz, Donnerstag 8 Uhr, Vereinshaus, Rosstraße 14, Uebungssabend.

Die Kirche hat also einen wohlorganisierten Abwehrdienst gegen Sozialismus. Die Kirche erfüllt Christi Jünger in Rednerklausen mit dem nötigen Sorn gegen den Sozialismus, von dem allein die Arbeitermassen ihr Heil zu erwarten haben. Arbeiter und Arbeiterinnen, Parteidienstler! Wie viele von euch tragen noch heute durch Ihre Kirchensteuer dazu bei, daß die Kirche Ihren Heldung gegen euch selbst organisiert und finanziert kann? Wollt ihr euer Geld weiter für diesen Zweck hingeworfen? Heraus auch mit euren Kindern aus dem Konfirmandenunterricht! Wie kommt ihr als Arbeiter eure Kinder noch Leuten anvertrauen, die so offen und unverhüllt euch belämmern? Meldet eure Kinder vom Religionsunterricht ab und schaut sie nicht in den Konfirmandenunterricht. Das Arbeiterbildungsinstitut nimmt jetzt schon Anmeldungen für die Teilnahme an der Lebensweise entgegen. Sieht die Konsequenzen, liefert eure Kinder nicht euren Feinden aus!

Zur Zuständigkeit des Mieteinnigungsamtes für Mietverträge über Mehrausstellungsräume.

Das Mietamt sendet uns eine Zuschrift, der wir entnehmen: Ob das Mieteinnigungsamt für Mietverträge, die sich auf Mehrausstellungsräume beziehen, zuständig ist oder nicht, darüber gehen leider die Ansichten der maßgebenden Stellen weit auseinander. Ein Gutachten des Hamburger Senatspräsidenten Dr. Mittelstein spricht sich dahin aus, daß die „Mietverträge“ über Mehrausstellungsräume trotz ihrer Bezeichnung „Pachtverträge“ seien, so daß

deshalb die Verordnungen über den Schutz der „Mieter“ nicht in Frage lägen. Reisgerichtsrat Lobe beruft demgegenüber in seinem Gutachten, daß die „Mietverträge“ der Mietpachtbesitzer nicht einen schon durch die bloße Unteilung in „Pachtverträge“ der Zuständigkeit des Mieteinnigungsamtes entzogen werden. Das Leipziger Landgericht ist der Ansicht, daß es sich zwar um „Mietverträge“ im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs handelt, es verneint aber die Zuständigkeit des Mieteinnigungsamtes für daraus entstehende Streitigkeiten. Das Landgericht will die Zuständigkeit des Mieteinnigungsamtes beschränkt wissen auf Wohnungen, Werkstätten und Läden.

Diesen Standpunkt des Landgerichts, durch den die Tätigkeit des Mieteinnigungsamtes auf Wohnungen, Läden und Werkstätten beschränkt wird, erklärt das Mieteinnigungsamt für falsch. Es behauptet nach § 2 der Mieteinnigungsverordnung grundsätzlich für alle Mietverträge zuständig zu sein, die sich auf Gebäude oder Gebäuden beziehen. Nach seiner Ansicht kann der Vermieter zwar klagen, die Mieter haben aber das Recht, unverzüglich das Eintrittsrecht anzurufen, um über die Wirksamkeit der ausgesprochenen Kündigung entscheiden oder eine ohne Kündigung ablaufende Mietverhältnis verlängern zu lassen. Aus diesem Widerspruch zwischen der Auffassung des Gerichts und der des Mieteinnigungsamtes kann sich leider für den Mietaussteller unter Umständen ein höchst unerwünschter Zustand ergeben.

Das Mietamt bedauert natürlich diese unerfreuliche Lage, in die die Mietsteller durch die Unklarheit der Rechtslage geraten können, lebhaft. Es ist ihm aber selbstverständlich nicht möglich, von sich aus diese Frage zu klären. Eine Anregung, die es vor etwa 3 Jahren gab, für Streitigkeiten aus Mietmietverträgen beim Mieteinnigungsamt eine besondere Kammer aus Mieterstellern und Mietvermietern einzurichten, ist leider keine Folge gegeben worden. Es kann unter diesen Umständen nur empfohlen werden, daß Mieter und Vermieter verlügen, durch gütliche Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen, die für beide Teile annehmbar erscheint.

Aus der Umgebung.

Sitzung des Bezirksausschusses Grimma.

z. Nachträge zur Gemeinderatsverordnung über Erhöhung von Zuschlägen zur Grundsteuer für Hörtigen, Eicha und Lauterbach, weiter über Erhöhung der Wertzuwachssteuer für Nierchau, Rauschen, Naunhof, über Erhöhung der Lustbarkeitssteuer Kleinziegelsdorf, Lindhardt und Falkenhain, über Erhöhung der Rittergutsteuer für Erlbach, Großleinberg, Treben, Jachwitz und Nierchau, sowie Ortsgefehnachtäge über die Daseinslichkeit der Gemeinderatsstühungen für Kleinsteinberg, Jachwitz und Eicha werden genehmigt. Der Einpruch mehrerer Landräte gegen die Heranziehung zur Jagdpachtsteuer wird abgelehnt. Der Vereinigung der dem Rittergut Großziegelsdorf gehörigen, in Flur Kleinziegelsdorf gelegenen Grundstücke mit Gemeinde Kleinziegelsdorf, dem Rittergut Rödtnitz mit Rödtnitz und Treben, dem Rittergut Seelingstädt mit Gemeinde Seelingstädt wird zugestimmt. Zur Vereinigung der Rittergüter Röderitzsch, Börlin, Altenhain und Jachwitz werden Ortsgefehnachtäge über Gemeindebezirksoberänderungen genehmigt. Durch die Aushebung der Zwangsirtschaft für Milch und Butter haben sich nun auch die Krankenlazaretts auf ärztliche Bescheinigungen erledigt. Das einzige, was noch besteht, ist das Krankenbrot. Es wird aber einstimmig beschlossen, auch die Heranziehung von Krankenbrot mit dem 31. 5. 21 einzustellen. Dem Fleischhersteller Dehnigen in Burgberg wird der Betrieb einer Großviehslächerlei genehmigt. Außerdem werden noch mehrere Schanzenlaubungsgebäude und Gefüsse um Beihilfen zu Kurkosten und Arztbehandlungen erledigt.

Baumsdorf. Die Firma Krupp, Essen, hat die Metallwarenfabrik Hugo Schneider, Alt.-Ges., in Baumsdorf gefasst und gebunden den großen Betrieb auf die Herstellung von Kartonagen umzustellen.

a. Brandis. Stadigemeinderatsbildung. Kenntnis wird genommen von einer ministeriellen Verordnung über die Besteuerung von Führungsbüro von Kriegsblinden von der Hundesteuer; vor einem Schreiben der Aufsichtsbehörde über die Einrichtung einer Beamtenwohnungssteuer. Mehreren Beschlüssen des Bauausschusses, unter anderem von einem Berlauft der der Stadt gehörigen Baupläne abzusehen, wird Zustimmung erteilt. Kenntnis wird genommen von dem mit Baumeister Döbler-Cä. abgeschlossenen Vertrag über die Erbauung des Rothbrennens. Die Rechnungen über die Feuerlöschstation auf das Jahr 1920, die Schulbedürfnisskasse, die Kosten der Parochialgemeinde, die Kosten des Standesamtes, sowie die Voranmeldung über die Bedürfnisse der Parochialgemeinde auf das Jahr 1920/1921 werden dem Finanzausschuss mit Prüfung überwiesen. Herr Stadtrat Rehm erstattet Bericht über die stattgefundenen Hauptversammlung des Groverbands ländlicher Gemeinden in Dresden. In einer Versammlung des Groverbands ländlicher Gemeinden in Dresden wird Herr Stadtrat Rehm abgeordnet. Beschluss wird, den Wirtschaftsausschuss zu beauftragen, die Obstverwaltung vorszunehmen, und zwar an denjenigen Wächter, welcher sich verpflichtet, dass meiste Obst an die Stadt abzuliefern. Der Wallerpreis wird auf 1.30 M. pro Kubikmeter festgesetzt. Die Sparfassrentierung auf das Jahr 1920 wird dem Finanzausschuss überwiesen.

dr. Oegschl. Marktleeberg. Aus dem Gemeinderat. Im Postverkehr zwischen den Ortsstellen Oegschl. und Marktleeberg ist die Ortspoststelle maßgebend. Erhabenes Strafporto zahlt die Post zurück. Im leichten Haushaltsposten warten unter den Poststeuern auch Mittel für den Arbeiterrat der Amtshauptmannschaft enthalten. Dies ließ den Bürgerlichen keine Ruhe; sie legten Beschwerde ein bis hinunter zur höchsten Instanz. Jetzt sind die Bürgerlichen abgewiesen worden. Gegen den Bau eines Kohlenkuppens im Grundstück Mittelstraße 18 erhebt der Gemeinderat keine Einwendungen. Die Bahnverwaltung teilt mit, dass sich am Bahnübergang Gauhüscher Straße (Bimmelbahn) wegen zu hoher Kosten nichts ändern lässt. Beschluss wird, eine höhere Instanz um Abhilfe anzuregen. Eine einfache Sache: Beleuchtung der Treppen usw. in Wohngebäuden bis abends 8 Uhr, brachte eine längere Aussprache. Verschiedenen Herren von rechts ist ein derartiger Eingriff in die heiligen Rechte eines Hausbesitzers geradezu unerhört. Sie versuchten diesen Punkt zu verteidigen, was ihnen aber nicht gelang. Beschluss wird: Wohnhäuser sind bis 8 Uhr zu beleuchten. Bei verschlossenen Einfamilienhäusern und Häusern mit Knipssicherungen in den Treppenhäusern wird dies nachgelassen. Von den Herren Siemann, Göthel und Markt lagen Besuche vor um Entlassung aus dem Gemeinderat wegen Überbildung im Geschäft, wegen baldigem Fortzug und wegen Krankheit. Sämtliche drei Herren gehören der demokratischen Fraktion an. Sämtliche Gemeinderatsmitglieder, bis auf einen, erkannten die Gründe an und stimmten für Entlassung. Der eine der dagegen stimmte, war der Fraktionskollege der drei Ausscheidenden. In der Demokratischen Partei in Oegschl. Marktleeberg scheint es also Auseinandersetzungen gegeben zu haben. An Stelle Siemanns, der Gemeinderäte war, tritt Gemeinderatsmitglied Krieger. Die Deutschen Nationalen geminnen also auf Kosten der Demokraten einen Stütze. Für die beiden sozialdemokratischen Fraktionen ist dies ohne Bedeutung, da ein Unterschied zwischen Deutschen Nationalen und Demokraten selten in Erscheinung tritt. Für die Beförderung Kranker sollen bessere Vorlehrungen getroffen werden. Auch sollen zur ersten Hilfeleistung einige Schuleute und ständige Gemeindearbeiter als Sanitäter ausgebildet werden. Der Radfahrweg in der Bornaischen Straße in Marktleeberg wird eingezogen, da er als solcher nicht mehr zu erkennen ist. Die Radler sollen veranlasst werden, rechts zu fahren.

Böhlitz-Ehrenberg. Aus der Schulvorstandssitzung. Wie andernwärts, ist auch hier die Daseinslichkeit der Schulvorstandssitzungen eingeführt, leider war die Sitzung durch die Einwohner schwach besucht. Die Sitzung war dazu angelegt, jedem einen Einblick in die Rücksichtnahme und reaktionäre Haltung eines "leitenden" Schulmannes zu verschaffen. Rücksicht waren auch die Anstrengungen der Vertreter der Lehrerschaft, einer klaren Stellungnahme zu entgehen. Arbeiter, Eltern von Böhlitz-Ehrenberg, seht euch diese Leute an! Geht in die Sitzungen! Jetzt die Folgerungen bei den kommenden Wahlen.

Der Schulvorstand behandelte die Anstellung eines Lehrers für die Fortbildungsschule. Unter neun Bewerbern stand in bezug auf die Jenseit ein erster Stelle ein Lehrer, der wegen politischer Tätigkeit von der bayerischen Regierung zu Festungshaft verurteilt worden war.

Die sogenannten "christlichen" Eltern und der neugegründete sammelte "Bürgertag" erhoben in Eingaben an den Schulvorstand Protest gegen die Wahl dieses Lehrers, dabei stand noch gar nicht fest, ob dieser überhaupt gewählt würde.

Die Lehrervertreter, an der Spitze ein Herr, der vor kurzem noch als Sozialdemokrat firmierte, wollten niemand weinen und schlügen vor, die Wahl zu unterlassen und die Stelle nochmals anzuschreiben. Jetzt auf einmal war die Erteilung des Fortbildungsschulunterrichts der Lehrer durch Überstunden möglich. Erst hatte man, weil der Schulvorstand eine hohe Überstundenbelastung in Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse nicht bewilligen konnte, Fortbildungsschulunterricht verweigert. Man streikte wieder einmal. Vom Vorstand wurde ein Schreiben verlesen, das von der Lehrerschaft erst in letzter Zeit an den Schulvorstand gerichtet worden ist. Es wurde darin gefordert, dass baldigst eine neue Lehrkraft zu beschaffen wäre, da die Herren Lehrer mit ihrem Idealismus nicht Missbrauch treiben lassen wollten. Es eilte also mit der Anstellung einer Lehrkraft. Jetzt auf einmal hatte die Anstellung Zeit, obwohl man sofort eine lästige Lehrkraft haben konnte. Unverhüllt zeigte der Herr Schulleiter Oegschl. Böhlitz seinen reaktionären Standpunkt. Er nannte den mit zur Wahl stehenden Lehrer einen politischen Abenteurer. Das erweckte sich ein Mann, der es jedesfalls immer verstanden hat, nicht anzugeben. Bequem ist das, Herr Direktor, man kommt dabei nicht in Gefahr, Amt und Würden zu verlieren. Man bringt es zu Wohlstand. "Politische Abenteurer", die manhaft für ihre Überzeugung eintreten, kommen meistens nicht so weit. Sie leisten aber für das Volksgesetz etwas, was mancher Schulleiter nicht von sich sagen kann.

Den Herren wurde mit erfrischender Deutslichkeit gesagt, was man von ihnen denkt und dass man die kampfhaften Bemühungen, um die Soche zu verschleppen und einer klaren Stellungnahme aus dem Wege zu gehen, durchschaut hat. Dieser Vorgang ist typisch für das neue Deutschland. Wer politisch die Ansichten aus der Kriegszeit nicht vertritt, den halten diese Herrschaften nicht für fähig, ein Lehramt zu vertragen. Eltern, merkt ihr, wo auch ein Teil der Lehrer noch steht? Bekümmt euch mehr als bisher um die Schule. Auch in Böhlitz-Ehrenberg wird noch manches zu bestehen sein.

Zu berüchten ist noch das Vorzeichen der "christlichen Eltern" und des Bürgertages. Die Herrschaften protestieren gegen die Wahl eines Beamten, der sich politisch betätigt hat. Aus der Verleugnung des Bewerbungsschreibens und Lebenslaufes des Lehrers ging ein großer Idealismus für seinen Beruf und manhaftes Eintragen für seine Überzeugung hervor. Die Lehrer, auch die in Böhlitz-Ehrenberg, wollen die Jugend zu aufrechten Menschen erziehen, aber ihre Vertreter im Schulvorstand werden sich hüten, die Leute, die alle Eigenschaften für ein solches Erziehungswerk mitbringen, als Lehrer zu wählen. So arbeiten diese Leute daran, die politische Meinungsfreiheit für Beamte wieder zu beseitigen. Sie spotten ihrer selbst —

Nötha. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montagnachmittag in der Kaufwarengeschäft von Gebr. Götschel. Der 14-jährige Lehrling Sander, welcher ohne Auftrag einen Niemen auflegte, wurde von der Transmission erschossen und ihm dabei der rechte Arm herausgerissen und zertrümmert. Außerdem erlitt er noch eine schwere Verwundung an der Brust.

Nötha. In der am Sonnabend stattfindenden Monatsversammlung des Ortsvereins wird ein Vortrag über "Die Kirche, ein Hort der Reaktion" gehalten werden. Jeder Genosse weiß, wie die Dunkelmänner der Reaktion bemüht sind, das Weltentzündet zurückzudrehen. Sie bedienen sich dazu ihres allzeit willigen Werkzeugs, der Kirche. Es ist deshalb allen Genossen und Genossinnen zu empfehlen, diese Versammlung zu besuchen.

die sächsischen Anträge abgelehnt worden seien, gegen den Gesetzentwurf gestimmt habe; wenn sich das als unrichtig herausstellen sollte, würde er den betreffenden Beamten desvouieren. Jo war das eine äußerst schwache Rechtfertigung. Bei der Wichtigkeit, die die Schulfrage beanspruchen darf, ist diese Unkenntnis der Regierung unverständlich. Schon beim ersten Beschluss werden des Monstrums und der Aussichtslosigkeit, bei der Berliner Kommission, die völlig unter dem Einfluss des fortschrittlichen Zentrums steht, eine Befürchtung oder Verbesserung des Entwurfs durchzusetzen, hätte die sächsische Regierung ihrem Vertreter unbedingt aus Sicht machen müssen, in der schriftlichen Form Protest einzulegen und das Gesetz unter allen Umständen abzulehnen. Wäre das wirklich geschehen, dann dürfte das die Regierung bis heute kaum "vergessen" haben und hätte sich eine unangenehme Situation erwartet. Heute bleibt ihr weiter nichts übrig, als wenigstens nun, gestützt auf den unabhängigen Antrag, der vom Landtag mit überpropter Mehrheit angenommen wurde — nur die Deutschen Nationalen und der Zentrumsmann Heslein stimmen dagegen — mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln in Berlin zu protestieren und dazu beizutragen, dass der reaktionäre, von mittelalterlichem Geist durchwühlte Entwurf der Reichsregierung in dem Kreis verschwindet.

Geschehend der sächsischen Besoldungsreform durch das Reich.

In der Volkskammer hatte unsre Fraktion gegen die Durchsetzung der Besoldungsordnung protestiert und verlangt, dass die Beamtenbefördlung auf ein ganz anderes System aufgebaut würde. Aber die Parteien brauchten eine Wohlparole für die Beamten und nahmen gegen die Stimmen der USPD, die unzulängliche Vorlage an. Die Folge davon ist, dass sich nun schon bald ein Jahr lang ein besonderer Ausschuss abmüht, die Ungerechtigkeiten der Besoldungsordnung auszugleichen. Diese Arbeit wird jetzt durch das Dazwischenstreiten des Reichs stark gescheitert. Aus dem Besoldungsausschuss wird dazu mitgeteilt:

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Besoldungsausschusses des sächsischen Landtags gab die Regierung folgende Erklärung ab: Der Reichsfinanzminister habe nach Veröffentlichung der Besoldungsvorlagen Nr. 41 und 42 mitgeteilt, dass darin verhinderte Bestimmungen enthalten seien, die eine günstigere Regelung der Dienstbezüge der sächsischen Beamten im Vergleich zu den gleich zu bewertenden Reichsbeamten zur Folge hätten. Er sei deshalb bei unveränderter Annahme der Vorlagen genötigt, auf Grund des Sperrgeheims hiergegen Einspruch zu erheben.

Der Reichsfinanzminister habe eine milde Erörterung dieser Frage mit der sächsischen Regierung angeregt, wie dem Ausschuss bereits früher mitgeteilt worden sei. Diese Erörterung habe am 28. Mai stattgefunden und ergeben, dass der Reichsfinanzminister mit allem Nachdruck fordere, dass jede Überflüssigkeit sächsischer Beamter über Reichsbeamte, soweit sie nicht in Besonderheiten der sächsischen Verhältnisse unzweckmäßig begründet sei, unterbleibe. Er habe hieran nicht nur ein Interesse aus Rücksicht auf die Reichsbeamten, für die zur Zeit jede Besserstellung durch die Finanzlage des Reichs vollkommen ausgeschlossen sei, sondern auch in Rücksicht auf die drohende Rücktrittsbewegung unter den vom Reich übernommenen früheren Staatsbeamten.

Die sächsische Regierung stellte sich auf den Standpunkt, dass diese Erklärung des Reichsfinanzministers die ernsthafte Erwägung des Ausschusses verdiente. Man müsse sich darüber klar werden, in welchen Punkten man es auf die schiedsgerichtliche Entscheidung ankommen lassen wolle, und müsse versuchen, diese Punkte auf eine möglichst geringe Zahl zu beschränken. Sei schon gegen die Regierungsvorlage in zahlreichen Punkten Widerspruch des Reichs mit Sicherheit zu erwarten, so erscheine es durchaus bedenklich, weitere Höherstufungen vorzunehmen, sofern die offenbar die Grundsätze der Reichsbesoldungsordnung verletzt. Die Regierung sei selbstverständlich bereit, in eingehender Einzelberatung mit dem Ausschuss zusammenzuarbeiten, um etwaige Unstimmigkeiten der Vorlage zu beseitigen. Sie müsse aber davor warnen, durch umfangreiche Verfestigung weitgehender Wünsche nützlose Arbeit zu leisten und Zeit zu verschwenden. Die Beamenschaft habe ein dringendes Interesse an einer baldigen Verabschiedung der Vorlage, das um so schwerer wiegt, wenn man die allgemeine politische Lage und ihre künftigen finanziellen Wirkungen ins Auge fasst. Bleiben eine große Reihe von Punkten offen, die durch das Reichsgericht erledigt werden müssen, so besteht die Gefahr, dass die Besoldungsordnung auch in den nächsten Tagen des Zusammenhangs wegen nicht vor Herbst in Kraft gesetzt werden könnte. Die Regierung bitte daher, unverzüglich in die Einzelberatung einzutreten.

Der Ausschuss nahm zu dieser Regierungserklärung eine gehende Stellung. Von verschiedenen Seiten wurde auf Grund desselben festgestellt, dass bei einer solchen Stellungnahme des Reichs ein selbständiges Arbeiten des Landtages und des Ausschusses und die Schaffung einer den Wünschen des Landtages voll entsprechenden sächsischen Besoldungsordnung überhaupt nicht möglich sei.

Demgegenüber betonte die Regierung, dass immerhin die Verfestigung sächsischer Besonderheiten gefordert werden könne, dass sie nach wie vor bereit sei, die Vorlage auch Berlin gegenüber nachdrücklich zu vertreten, und hierzu die Mitwirkung des Landtages erbittet.

Der Ausschuss beschloss hierauf, nachdem auch den Fraktionen noch Gelegenheit gegeben war, zu dieser Regierungserklärung Stellung zu nehmen, in der morgigen Sitzung an der Hand der Positionen und der von den Berichterstattern und Fraktionen formulierten Anträge in die Einzelberatung einzutreten.

Eine neue Talsperre im Erzgebirge.

Oberhalb Neuhammer bei Neudek ist seit Jahren der Bau einer Talsperre geplant. Das Projekt ist nun wieder aufgegriffen worden. Die Sperre ist von großer Bedeutung für die zahlreichen, durch den Rohraubwasser betriebenen Wasserkraftwerke und wird auch in landwirtschaftlicher Beziehung von großem Nutzen sein, da er geregelte Bewässerungsmöglichkeit für das ganze Tal bietet und Schutz vor den häufig wiederkehrenden Hochwassern gibt. Die geplante Sperre soll als Staumauer in massivem Bruchsteinmauerwerk ausgeführt werden. Der gebildete Stausee wird 33 Meter grösste Tiefe und eine Länge von 1,2 Kilometer haben.

Weimer geslossen.

Die Dresdner Volkszeitung berichtet: Der in Stuttgart verhaftete und der Dresdner Staatsanwaltschaft wegen Hochverrats zugeschuldete frühere kommunistische Abg. Weimer hat sich dem Sondergericht durch Flucht entzogen.

Die sächsische Grundsteuer. Wie uns aus Dresden gemeldet wird, hat die Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, wonach für das Rechnungsjahr 1921 die Grundsteuer mit insgesamt 20 Pf. von der Steuerfreiheit (wie im Vorjahr) erhoben werden soll. Die Einnahme hieraus wird für die Einheit auf 27,52 Millionen Mark geschätzt.

Neuschmiedeberg i. Erzg. Ein schreckliches Brandungskatastrophe in einer der letzten Nachteile hier zugetragen. Im Wohnhause des Grundbesitzers Weißbach brach Feuer aus. Leider konnte sich Weißbach nicht retten. Er wurde von den Flammen ergreift und verbrannte, ohne dass man ihm Hilfe bringen konnte. Seine Frau erlitt ebenfalls Brandwunden.

Zwickau. Die beiden etwa 25.000 Seelen zählenden Vorortgemeinden Ober- und Niederplanitz haben in gemeinschaftlicher Sitzung ihrer Gemeinderäte beschlossen, die beiden Gemeinden miteinander zu verschmelzen und eine Stadtgemeinde mit revidierter Städteordnung anstreben. — Der Verein zur Errichtung von Bergarbeiterwohnungen zu Zwickau hat unserer Stadt für die

2,1 Millionen w. dk überwiezen, wovon 70 Wohnungen in den Stadtteilen Eddersbach und Neudörfel errichtet werden. Sie sollen bis zum Herbst beziehbar werden. Die Stadt steuert 50 000 M. zu.

Hohenstein-Ernstthal. In der letzten Sitzung der städtischen Kollegien wurden die Vorlagen über die Tanz-, Grammophon-, Hausschlachtungs- und Grundsteuer angenommen. Letztere wurde von 20 Pfg. auf 100 Pfg. pro Einheit erhöht. Die Hausschlachtungssteuer beträgt 30 M. für ein Schwein.

Gersdorf (Bez. Chemnitz). Der Kopf völlig zerquatscht wurde dem 40-jährigen verheirateten Bergarbeiter Gräfe, der auf dem Concordiaschacht zwischen einem Kohlenhund und die Zimmerung geraten war. G. war sofort tot.

Sächsischer Landtag.

53. Sitzung.

Dresden, 31. Mai.

In dritter Lesung wird die Regierungsvorlage über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer unverändert angenommen. Die bürgerlichen Minderheitsanträge werden abgelehnt.

Zur zweiten Beratung steht der Entwurf eines

Abländerungsgegesen zum Reichsgesetz vom 30. April 1906.

Der Rechtsausschuss schlägt vor, die Vorlage mit einigen Änderungen vorzunehmen. Dem Antrag des Rechtsausschusses wird zugestimmt, ebenso den Aenderungsvorschlägen einiger Minderheitsanträge.

Nunmehr folgt zweite Beratung der Vorlage über die

Aushebung der Schulgemeinden.

Kultusminister Flechner:

Ich kann mich auf wenige Bemerkungen zur Begründung des Gesetzes beschränken. Sie ersehen aus der Gesetzesvorlage, daß es sich hier um eine Konsequenz der Verhältnisse und dadurch begründete Notwendigkeit handelt. Die Schulgemeinde, die in Sachsen bisher bestand, hat keine Daseinsberechtigung mehr. Die Grundlage der bisher bestehenden Schulgemeinden in Sachsen war ihre Selbständigkeit auf dem Gebiet des Besteuerungsrechts. Dieses Steuerrecht besteht infolge der veränderten Verhältnisse im Reich nicht mehr. Besonders möchte ich übrigens betonen, daß die Übernahme der Schullasten auf den Staat in Sachsen im Anfang begreiflich ist und das es erstrebenwert ist, daß dieses Prinzip ausgebaut wird. Die Übernahme der Schullasten auf den Staat geschieht ja von dem Grundsatz aus, daß auf diese Weise eine bessere Betreuung der Lasten auf die einzelnen Gemeinden und damit eine bessere Gleichmäßigkeit und Gerechtigkeit möglich wird. Die Ausgestaltung des Schulwesens muß eine unmittelbare Aufgabe der Gemeinden werden. Bei Ausgestaltung des Gesetzes kann es sich nur darum handeln, die Organisation des neuen Zustands klarzulegen. Ein wichtiger Faktor bleibt nach wie vor: Wie werden die Lasten aufgebracht, soweit die Gemeinden die Lasten für die Schulen aufgebracht haben und wie wird man den Gemeinden am besten gerecht? Die Bedürfnisse, die da in Frage kommen, umzulegen, so daß jede Gemeinde einen festen Beitrag bekommt, würde nach Ansicht der Regierung nicht zweitmäßig sein, da hierdurch den besonderen Eigenheiten und Bedürfnissen nicht Rechnung getragen werden könnte.

Es ist bereits in der Presse, seit der Entwurf bekannt ist, hier und da dazu Stellung genommen, in einzelnen Fällen sogar kritisch. Die Art der Kritik ist aber verschieden und die Kritiken widersprechen sich oft, je nach der Art, von welcher Seite sie geübt werden. Es ist vielfach betont worden, daß das, was die Regierung jetzt vorschlägt, vom Standpunkte des Schulwesens aus eine Verschlechterung bedeute. Man ist hier und da wenig Vertrauen in die Gemeindevertretungen und fürchtet daher, daß die Gemeinden das Schulwesen nicht so fördern werden, wie es bisher die Schulgemeinden getan haben. Das ist eine Behauptung, für die bis jetzt noch kein Beweis erbracht worden ist. Wir dürfen aber darauf hinweisen, daß durch die veränderten politischen Verhältnisse der Gemeinden in bezug auf die Zusammenziehung der Gemeindeschaften eine Parallelisierung nach der Richtung eintreten wird, daß in den Gemeindeschaften hier und da ein besserer Fortschrittlicher Geist gegenüber dem Schulwesen einsetzt. In der Vorlage selbst sind in bezug auf die Bedürfnisse, die den Schulausschüssen zugewiesen sind, genaue seite Normen geschaffen. Eine Gemeindeschaft kann gegenüber den Schulausschüssen nicht willkürlich verfahren, sie muß ihnen ihre Befugnisse lassen. Ein Zusammenspiel des Gemeinderats mit den Eltern und Lehrern ist unbedingt geboten und ist in der Vorlage festgelegt. Es ist auch vorgebracht, daß die eine oder die andre Schule das Übergeleicht in den Schulabschüssen bekommt. Im übrigen aber ist auch der Gesetzentwurf von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß in großen ganzen der Entwicklung der nächsten Zukunft und der Praxis ein möglichst weiter Spielraum eingeräumt werden mögl. Auch in bezug auf die Ausbildung der Ortschulordnung ist ein weiterer Spielraum gegeben. Die Schulordnungen können die besonderen lokalen Verhältnisse berücksichtigen.

Die Regierung wird gern bereit sein, über Einzelheiten im Ausschuß nähere Auskunft zu geben. Sicherlich aber ist die Vorlage nach den Bedürfnissen und der Zweitmäßigkeit und von dem Gesichtspunkt aus geschaffen worden, wie der Sache am besten gedient werden kann.

Abg. Schärg (Sax.) beantragt Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss.

Abg. Möllig (D. Vp.) ist im Prinzip mit der Vorlage einverstanden, fordert jedoch Verhältniswahl.

Abg. Vogelstecher (Dnat.) und Menke (U. Soz.) stimmen der Vorlage zu. Einzelheiten wollen sie der Beratung des Rechtsausschusses überlassen.

Auch die Abg. Senft (Dem.) und Hohlein (Zent.) plädieren für das Verhältniswahlrecht. Die Vorlage wird dann dem Rechtsausschuss überwiesen.

Die unabhängige Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung Einspruch zu erheben gegen den vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes, der dem Gedanken der einheitlichen allgemeinen Volksschule widerspricht und einen Rückslit in der Entwicklung des Volksschulwesens bedeutet.

Abg. Menke (U. Soz.): Der vorliegende Gesetzentwurf für ein Reichsschulgesetz gibt erst recht Anlaß, daß der Kampf um die Schule jetzt erst recht beginnt. Die Kompromißler von 1919 werden, nachdem das, was sie damals beschlossen haben, Gesetzesdruck zeigt, selbst nicht mehr damit einverstanden sein. Der vorliegende Entwurf macht einer gelehrenden Körperschaft aus dem 16. und 17. Jahrhundert, als die Kirche noch die Herrschaft führte und es keinen Sozialismus gab, alle Ehre. Er will ein Verfolgungsgericht sein. Man will dem harten Kampf, der vielleicht in der Gegenwart entbrennen würde, aus dem Wege gehen und macht dadurch den Kampf zu einem dauernden. Wir müssen den Entwurf mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die Ausnahme-Bekenntnisschulen werden durch ihn zur Regel gemacht. Ein Staat von 1921, der ein Kulturstaat sein muß, darf unmöglich Gesehe geben, die die geistige Freiheit für die Jugend irgendwie behindern. Den einzigen Satz in dem Entwurf, der über die weltliche Schule redet, können wir annehmen. Alles andre widerpricht dem Geist der Verfassung. Ich zitiere, wenn ich sage: „Werft das Scheusal in die Wollschlucht!“

Darauf begründet Dr. Senft (Dem.) folgende Anfrage:

Der kürzlich veröffentlichte Reichsschulgesetzentwurf bringt auch für Sachsen die Gefahr, daß die Volksschule völlig verschlagen wird. Hat die Regierung im Reichsrat dem Gesetzentwurf zugestimmt oder nicht? Welche Gründe sind für ihre Haltung maßgebend gewesen?

Auch dieser Redner weist darauf hin, daß der Gesetzentwurf der Verfassung widerspricht und die Bekenntnisschule als Regel hinstellt und zu einer allgemeinen Schule macht. Das Recht der

Gemeinschaftsschule will er (der Gesetzentwurf) einfach auf die Bekenntnisschule übertragen.

Kultusminister Flechner: Von der sächsischen Regierung sind wiederholt bei der Reichsregierung Abänderungsanträge zu dem Reichsschulgesetzentwurf gestellt, die jedoch nicht angenommen wurden. Sachsen hat deshalb jetzt den Hauptdruck darauf gelegt, die Weltanschauungsschulen neben den weltlichen zu verhindern. Im Reichsschulauskunst haben wir ebenfalls keine Mehrheit gefunden. Wenn der Reichsschulgesetzentwurf nicht die Form erhalten hat, wie sie die sächsische Regierung verlangt hat, so sind wir nicht in der Lage, gegen die Einführung in Bekenntnisschulen usw. Einspruch zu erheben. Die Bemühungen der Regierung sind ohne Erfolg geblieben. Auch sie hält den Reichsschulgesetzentwurf für völlig ungünstig. Es wird nun Sache der politischen Körperschaften im Reich sein, über diesen Entwurf zu entscheiden. Im Reichstag wird es sicher heftige Kämpfe darüber geben. Wir können dem vorliegenden Antrag durchaus zustimmen. Es handelt sich hier nicht um eine Reichsfrage, sondern um eine politische Frage allerersten Ranges, und hier werden die politischen Machtpositionen entscheiden. Meine Fraktion wird im Reichstag entsprechende Anträge stellen. Wie sich die Sache bei den eigenartigen Verhältnissen zwischen Regierung und Parlament entwickeln wird, wissen wir nicht. Ich muß es auch den Herren Demokraten sagen, daß der, der das Gesetz gegelegt hat, ein demokratischer Reichsminister ist. — Der einzige Vorteile in dem Entwurf ist der, daß den einzelnen Ländern ein möglichst weiter Spielraum gelassen wird. An sich ist das kein erwünschter Zustand. Aber besonders für Sachsen würde das unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerordentlich wichtig und wertvoll sein.

Abg. Neetz (Soz.): Ich verlange eine klare Antwort der Regierung, ob sie gegen den Gesetzentwurf gestimmt hat. Nachdem der Lehrerverein in einmütiger Kundgebung gegen diesen Entwurf protestiert hat und auch die entschiedenen Schulreformer sich dagegen ausgesprochen haben, bleibt nur noch übrig, die breitesten Schichten der Bevölkerung zum Kampf gegen diesen Entwurf aufzufordern.

Abg. Hermann (D. Vp.): Auch wir lehnen diesen Entwurf ab, allerdings (nach links) aus andern Gründen wie Sie. Ich fühle aus dem Entwurf heraus, daß in ihm die Gemeinschaftsschule als Religionschule genommen und von ihm propagiert wird. Unser Volk, das seine ganze Kultur auf christlicher Grundlage aufgebaut hat (!), können wir eine solche Gemeinschaftsschule nicht zutrauen. Wir treten ein für die Gemeinschaftsschulen mit Religionsunterricht.

Abg. Greßmann (Dnat.): Wenn man den unabdingbaren Antrag ohne Namen lesen würde, könnte man ihm ohne weiteres zustimmen. Wir sind auch der Ansicht, daß eine Kündigung des Reichsschulgesetzes eintreten muß, doch werden wir Ihnen Antrag nicht unterstützen. Sie wollen die weltliche Schule in den Vordergrund gerückt wissen, wir jedoch wollen an der konfessionellen Schule festhalten. In der weltlichen Schule soll die sozialistische Ansicht gepredigt werden. Wenn der Reichsschulgesetzentwurf bleibt, dann werden wir durch unsere Propaganda die andern Schulen zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken.

Abg. Schneller (Komm.): Die politischen Umgestaltungen werden dazu führen, daß ein Schulwesen in unserm Staat eingeführt wird. Der Gesetzentwurf ist nichts anderes als eine geistige Misshandlung des Kindes und gehört unbedingt vor den Straflichter. Die endlose Verdummung soll einsetzen. Der ganze Entwurf ist ein Kuhhandel. Man hat die Volksschule an das Zentrum verkauft. Wir sehen daran, daß überall die Reaktion immer frecher auftritt.

Abg. Hohlein (Zent.): Ich verlange eine klare Erklärung der Regierung, ob ihr Vertreter im Reichsrat gegen den Entwurf gestimmt hat oder nicht. Das Zentrum sei an der Fassung des Entwurfs nicht beteiligt.

Kultusminister Flechner: Ich habe inzwischen festzustellen versucht, wie unser Vertreter im Reichsrat sich verhalten hat und habe erfahren, daß er keine Institutionen in jeder Beziehung befolgt hat. Er hat Abänderungsanträge eingebracht usw. Über die Endabstimmung ist bis jetzt noch nichts bekannt. (Frage: Na, wie war es denn nun eigentlich?)

Die Abg. Dr. Wagner und Dr. Reinhold fragen, ob dem Vertreter der sächsischen Regierung Institution gegeben worden ist, daß in den Gemeindeschaften hier und da ein besserer Fortschrittlicher Geist gegenüber dem Schulwesen einsetzt.

Eine Antwort vom Regierungstische erfolgt nicht.

Darauf wird der Antrag Barthel gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Volkspartei angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 1. Juni 1921.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Ausperrung der Bauarbeiter in Mitteldeutschland.

In welcher Weise die Bauarbeiter in Mitteldeutschland von den Unternehmern niedergegrenzt werden sollen, zeigen ein Rundschreiben und eine Anlage zu ihm, die vom organisierten Unternehmertum in Umlauf gebracht worden und auch in die Hände der Arbeiterorganisationen gelangt sind. Sie haben folgenden Wortlaut:

Rundschreiben.

Hierdurch fordern wir sämtliche Firmen auf, den Arbeitnehmern auf den Baunäherwerken, allen Postengefessen, allen Maurer- und Zimmergesellen und allen Bauarbeitern, sowie den entsprechenden Arbeitnehmern der anderen Berufe bekannt geben zu lassen, daß vom Montag, dem 30. Mai 1921, früh ab die Arbeit ruht, da die Arbeitnehmer im Baugewerbe in den streikenden Gebieten (Dessau, Aschersleben, Calbe und Thornewitz) offen den Tarif gebrochen haben.

Das Ausperrungsgebiet umfaßt die nachstehenden Orte und alle dazwischenliegenden Orte und Tarifvertragsgebiete: Stuttgart, Leopoldshall, Bernburg, Calbe, Töhlen, Dessau, Coswig, Leunawerk, Gelenetal, Sanderleben, Gerbstedt.

Den auszusperrnden Arbeitnehmern sind die Papiere auszuhändigen. Einige gewünschte Vermerte auf den Entlassungsscheinen, wie: Entlassung wegen Arbeitsmangel oder vergleichbar dürfen nicht gemacht werden.

Gleichzeitig ist durch den Arbeitgeber den auszusperrnden Arbeitern mitzuteilen oder mitzutellen zu lassen, daß die Ausperrung im Baugewerbe auf Bechluss des Bezirks-Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe als Gegenmaßregel erfolgt, bis die von den Gewerkschaften bis jetzt noch vorweigerte Aufhebung der tarifwidrigen Streiks in Dessau, Aschersleben, Wolsen, Thornewitz erfolgt ist.

Die Arbeitgebervereinigung hat in einer Ausschusssitzung am 24. Mai einstimmig beschlossen, sich geschlossen an der Ausperrung zu beteiligen.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion Vb, hat sich zur weitreichenden Unterstützung der Bauarbeiterverbände bei der Durchführung der Ausperrung verpflichtet und ist dem in der Anlage auszugsweise beigelegten Beschluss vom 18. Mai 1921 beigetreten.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsführung:

geg. Stammann.

für die Richtigkeit: geg. Hermann Diefenbach.

Anlage zum Rundschreiben des Bezirksarbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der von diesem einberufenen Industrien bzw. Verbände in Halle a. S. am 18. Mai 1921.

Beschluß!

Die unterzeichneten Firmen und Verbände verpflichten sich zur weitreichenden Unterstützung der Bauarbeiterverbände bei der Durchführung der Ausperrung. Besonders werden folgende Maßnahmen unbedingt durchgeführt:

- Den Ausperrungsbefreiungen werden seinerlei Schwierigkeiten mit Friststellungsverträgen, Vertragsbedingungen usw. befreit. Die Friststellungsfrist wird höchstens um die Dauer der Ausperrung verlängert.
- Die durch die Ausperrung betroffenen Bauarbeiter werden nicht an andere, der Ausperrungspflicht nicht unterliegende Unternehmen vergeben oder in eigener Regie fertiggestellt.
- Bauarbeiter, die nicht den ausperrnden Verbänden angehören oder der Ausperrung sich nicht anschließen, werden gleichfalls zur Ausperrung verurteilt.
- Während der Ausperrung werden neue Aufträge an aufstehende Bauarbeiter (Biff 3) nicht vergeben.
- Bauarbeiter, die sich gegen die getroffenen Vereinbarungen vergehören, werden von künftigen Unternehmen auf die Dauer eines Jahres nach Beendigung der Ausperrung ausgeschlossen.
- Reichshäfen bei einzelnen Firmen oder Verbänden unterliegen gleichzeitig der Ausperrung. Rostocksarbeiten sind nach vorheriger Anmeldung bei der Ausperrungsleitung gestattet.
- Während der Ausperrung dürfen Bauarbeiter aus den Stress- oder Ausperrungsgebieten nicht eingestellt oder weiter beschäftigt werden, auch nicht als Arbeiter anderer Fachrichtungen.
- Die dem Ausperrungsgebiet benachbarten Gebiete unterliegen der Ausperrung, indem sie aus den Ausperrungsgebieten abwandernde Bauarbeiter nicht einstellen und bereits eingestellte wieder entlassen.
- Die Verbände benachbarten ihres Spartenverbände, Unterverbände ihre Nachbarverbände und die ihnen angeschlossenen Firmen von den getroffenen Beschlüssen und prüfen fortlaufend die Durchführung derselben nach.
- In der Geschäftsstelle des Bezirksarbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, Halle a. S., Martinsberg 5, Fernsprecher 1261, wird die Ausperrungsleitung eingerichtet.

gez. Unterschrift,
Arbeitgeberverband der chem. Industrie,
Sektion Vb
geg. Dr. Franke,

für die Richtigkeit: geg. Hermann Diefenbach.

Die Unternehmer glauben, die Arbeiter seht bequem nieder, schlagen zu können. Die Arbeiter werden zusammenstoßen müssen, und es wird der größten Anstrengung bedürfen, um den Sieg davon zu tragen. Hier heißt es: gemeinsam kämpfen. Die Kommunisten freilich wissen nichts besseres zu tun, als auch bei dieser Gelegenheit ihre Parteisprüche zu kochen. Dabei haben sie erst den Boden geschaffen für die Angriffsgeiste des Unternehmertums. Die Arbeiter haben es Moskau zu verdanken, daß sie in diese Lage gekommen sind. Die Kommunisten freilich freuen sich: gemeinsam kämpfen. Die Niedergänge vom Verrat der USPD-Führer und der Gewerkschaftsbürokratie. Die Niedergänge der Arbeiterschaft wäre noch weit größer gewesen, wenn auch die USPD, der Wahlnomparole der Moskauer gefolgt wäre. Dann hätten erst recht die Unternehmer triumphiert. Die Puschkinmethoden der Kommunisten sind gegen den Klassenkampf der Arbeiterschaft gerichtet. Dieser wird unmöglich. Die Arbeiterklasse gerät aus einer Niedergang in die andere, wenn an diesen Methoden festgehalten wird.

Baustoffkräfte, Telegraphenarbeiter!

Wir haben in letzter Zeit öfter die Wahrnehmung machen müssen, daß einzelne Postkunden erkannten Kollegen die nach dem Tarifvertrag zu zahlenden Teuerungssumme vornehmen haben. Es ist die Wahrnehmung eine Umgehung des Tarifs. In allen Fällen, da die Kollegen länger als ein Jahr im Betriebe sind, ist bei Krankheit $\frac{1}{2}$ der im Dezember 1919 zahlbar gewesenen Teuerungssumme zu zahlen. Obwohl beide - Telegraphenarbeiter und Posthilfsarbeiter - gefindigt sind, bestehen diese noch zu Recht. Für Posthilfsarbeiter kommt der § 14 und Absatz 4 des Schlupfprotolls des Tarifs vom 10. Dezember 1920 und für Telegraphenarbeiter der § 15 und Absatz 6 des Schlupfprotolls des Tarifs vom 24. Juni 1920 in Frage. Auch die vorne genommenen Fälle, in denen die Teuerungssumme ab März nicht mehr gezahlt worden ist, bedeuten Tarifbruch. Wir fordern unsere Kollegen auf, uns jeden einzelnen dementsprechenden Fall zur Kenntnis zu bringen, damit weitere Schritte eingeleitet werden können.

Deutscher Verlehrbund (Verwaltungsstelle Leipzig).

Der Streik in der Ziegeldustrie hat in der vergangenen Woche in der Kreishauptmannschaft insoweit an Umfang zunommen als am 25. Mai fünf Betriebe im Liebertwitzer Bezirk und zehn Betriebe im Pegauer Bezirk einstellig die Arbeit eingestellt haben. So daß nun rund 1500 Arbeiter im Leipziger Bezirk streiken. Im Chemnitzer Bezirk haben am 25. Mai die Arbeiter wieder angefangen, nachdem eine 15 prozentige Lohn erhöhung stattgefunden hat, der Lohn beträgt somit in Chemnitz 6,00 M. Im Leipziger Bezirk verlangen die Unternehmer bedingungslose Aufnahme der Arbeit, um dann den Lohn und die Arbeitsbedingungen festzulegen zu können. In den Ziegeleiarbeiter-Versammlungen gelobten jedoch die Streikenden, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis die Lohn tariflich und vor allen Dingen angemessen geregelt sind. Die Unternehmer bemühen sich, allerorten Arbeitswillige unter allen möglichen Verpflichtungen und auch Drohungen heranzuziehen. Organisierte und ausgelöste Arbeiter werden sich nicht missbrauchen lassen. Zugang nach den sächsischen Ziegeln ist unter allen Umständen zu vermeiden. Uebt Solidarität!

Die Streikleitung.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 4 ist erschienen. Aus dem Inhalt ist als besonders wichtig zu erwähnen: Entwurf eines Arbeitsnachweises geschehen, Entschuldungen in Streikfragen des Arbeiterrichts, der Versammlungskalender für die Leipziger Gewerkschaften und Betriebsräte. Richtlinien: Ausgelernte und Verordnung vom 12. 2. 20. Ausbildungsaufgabe und Verordnung vom 12. 2. 20. und anderes mehr. Der Preis dieser Nummer beträgt 50 Pfg. zu bezahlen von den Gewerkschaften, allen Filialen der Leipziger Volkszeitung und dem Gewerkschaftsamt, Abteilung Betriebsräte, Gerberstraße 1, IV. — Vom 1.

Hunger

Roman von Knut Hamsun.

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von
25] Maria von Borch.

Das verließ mir Kraft; im Rathaus wollte ich nicht schlafen. Gott sei Dank, am Gefängnis war es erst 7 Uhr; ich hatte noch drei Stunden vor mir, bevor das Tor geschlossen wurde. Wie hatte ich mich geärgert!

Und nichts, nichts war unversucht geblieben, ich hatte getan, was ich konnte. Dass es mir wirklich, während eines ganzen Tages, kein einziges Mal gelungen ist! Wenn ich's auch erzählte, niemand würde es mir glauben, und schreibe ich's nieder, so würde man sagen, dass es erfolgen sei. An seiner einzigen Stelle! Ja, ja, dabei war nichts zu machen; vor allem nur nicht mehr herumgehen und lächelnd sein. Pfui, das ist ekelhaft, die Verlängerung kann ich dir geben, mein Freund, dadurch wird du mir geradezu widerlich! Wenn es aus ist mit der Hoffnung, so ist es aus! Könnte ich mir übrigens nicht eine Hand voll Haferstullen drinnen im Stoll? Ein Streifen Lichts, ein Aufstauen — ich wußte, dass der Stoll geschlossen war.

Ich machte es mir leicht und trock im Schneidengang nach Hause. Ich spürte Durst, glücklicherweise zum erstenmal am Tage, und ging, um mich nach einer Stelle umzusehen, wo ich trinken könnte. Von den Bazaars war ich zu weit entfernt, und in einem Privathaus wollte ich nicht gehen, vielleicht konnte ich auch warten bis ich nach Hause kam; das dauerte noch eine Viertelstunde. Es war durchaus nicht gesagt, dass ich einen Schluck Wasser bei mir behalten würde; mein Magen vertrug gar nichts mehr.

Aber die Knöpfe? Mit den Knöpfen hatte ich es noch nicht verloren. Ich stand still und musste lächeln. Vielleicht gab es doch noch einen Fall. Ich war noch nicht ganz verloren! Jedenfalls würde ich ganz gewiss für sie bekommen, morgen würde ich dann anderswo noch weitere zehn erhalten, und Donnerstag bekam ich meinen Zeitungsartikel bezahlt! Ich erlebte noch, dass alles gut würde! Wie hatte ich die Knöpfe nur vergessen können! Ich zog sie aus der Tasche und betrachtete sie im Weitergehen; vor Freude wurde es mir dunkel vor den Augen; ich sah die Straße nicht mehr, in der ich ging.

Wie genau kannte ich nicht den großen Keller, meine Zuflucht an dunklen Abenden, mein blutsaugender Freund! Alles, was ich besaß, war Stück für Stück hier unten verschwunden, meine Kleinigkeiten von zu Hause, mein letztes Buch. Am Auktionstagen pflegte ich hinunterzugehen, um anzuhören, und ich freute mich jedesmal, wenn meine Bücher in gute Hände zu kommen schienen. Schauspieler Magazin hatte meine Uhr, und daraus war ich beinahe stolz; einen Jahreskalender, der meinen ersten, poetischen Versuch enthielt, hatte ein Bekannter gekauft, und mein Überrock standete bei einem Photographen zum Ausleihen im Atelier. Es war also gar nichts daran auszuschauen.

Ich hielt die Knöpfe in der Hand bereit und trat ein. „Onkel“ saß an seinem Pult und schrieb.

„Es eilt nicht“, sage ich vor Angst, dass ich ihn fören und durch meine Anrede ärgerlich machen könne. Meine Stimme klang so seltsam hohl, ich kannte sie selbst kaum wieder, und mein Herz schlug wie ein Hammer.

Er kam mir lächelnd entgegen, wie er zu tun pflegte, stemmte die beiden Hände platt auf den Tisch und sah mir ins Gesicht, ohne ein Wort zu sprechen.

Ich hätte etwas und wollte nur fragen, ob er es wohl brauchen könne ... etwas, das mir zu Hause nur im Wege lag, ich versichere Sie, nur zur Lage ... einige Knöpfe.

Allso was denn, was denn mit den Knöpfen? Und dabei kam er meiner Hand mit den Augen ganz nahe.

Ob er mir nicht ein paar Dinge dafür geben könne? ... So viel, wie er selbst glaube ... Ganz nach Guidunken ...

Für die Knöpfe? Und „Onkel“ starre mich verwundert an für diese Knöpfe?

Nur soweit für eine Zigarette, aber was er wolle! Ich ging gerade vorüber und wollte mal anfragen.

Da lachte der alte Handelsleiter und ging ohne ein weiteres Wort an sein Pult zurück. Ich stand da. Eigentlich hatte ich nicht gehofft, und doch hatte ich Hilfe für möglich gehalten. Sein Lachen war mein Todesurteil. Mit der Brille würde es mir jetzt auch nichts helfen.

Meine Brille würde ich natürlich auch mit in den Handel geben, selbstverständlich, sagte ich und nahm sie ab. Nur zehn Dinge, oder wenn er wolle, auch nur fünf.

Sie wissen, dass ich Ihnen auf Ihre Brille nichts geben kann,“ sagte „Onkel“, „das habe ich Ihnen früher schon mal gesagt.“

„Aber ich brauche eine Postmarke,“ sagte ich dumpf; ich könnte nicht einmal die Briefe abschicken, die ich zu schreiben hätte. „Eine Jahn- oder Fünfsöre-Postmarke, ganz wie Sie meinen.“

„Machen Sie um Gottes willen, dass Sie fortkommen!“ entgegnete er mit einer Handbewegung gegen mich.

Ja, ja, mag's drum sein! sagte ich zu mir. Mechanisch setzte ich die Brille wieder auf, nahm die Knöpfe und ging; ich sagte gute Nacht und schloß die Tür wie gewöhnlich hinter mir. So, nun ließ sich nichts mehr tun! Vor der Kellertreppe blieb ich stehen und sah mir die Knöpfe noch einmal an. Dass er sie absolut nicht haben wollte, sagte ich; es sind doch beinahe neue Knöpfe; ich legrete es gar nicht!

Während ich in diese Betrachtungen versunken stand, kam ein Mann vorüber und ging hinunter in den Keller. Er hatte mit in der Tasche einen kleinen Stoß vor sich; wir entschuldigten uns beide, und ich drehte mich um und sah ihm nach.

„Nein, du bist es?“ sagte er plötzlich unten auf der Treppe. Er kam wieder heraus, und ich erkannte ihn. „Gott bewahre mich, wie sieht du aus!“ sagte er. „Was hast du unten gemacht?“

„Oh -- Geschäft! Du willst auch hinunter, wie ich sehe?“

Wie zitterten die Knie, ich lehnte mich an die Wand und strecke ihm die Hand mit den Knöpfen entgegen.

„Was Teufel?“ rief er. „Nein, das geht denn doch zu weit!“

„Gute Nacht,“ sagte ich und wollte gehen; ich wußte, wie nahe mir das Weinen war.

„Nein, wart einen Augenblick!“

Wo zu sollte ich warten? Er selbst war ja auf dem Wege zum „Onkel“, trug vielleicht seinen Verlobungsring hin, hatte schon ein paar Tage gehungert und war seiner Witwe was schuldig.

„Ja,“ sagte ich endlich, „wenn du schnell zurückkommst ...“

„Natürlich,“ entgegnete er und nahm meinen Arm; „aber ich will dir was sagen, ich traue dir nicht, du bist ein Schafkopf; es ist schon am besten, wenn du mit hinunterkommst.“

Ich begriff, was er wollte, spürte plötzlich wieder einen Funken von Ehre und erwirkte:

„Kann nicht! Ich habe versprochen, um halb acht in Bernt Ankerts Straße zu sein und ...“

„Halb acht, ganz recht! Aber es ist schon acht. Ich habe hier ja die Uhr in der Hand; die will ich nämlich hinuntertragen. Also hinein mit dir, du hungriger Sünder! Ich bekomme mindestens fünf Kronen für dich!“

Dabei pustete er mich hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Der Himmel im Juni.

Wir stehen auf der Höhe des Jahres. In rasch aufsteigender Bahn ist die Sonne bis mitten in das Sternbild des Stiers gelangt und bewegt sich nunmehr beinahe parallel zum Äquator ostwärts des Zwillingen entgegen, in denen sich zur Zeit der sommerlichen Wendepunkt befindet. Vor 2000 Jahren noch im Sternbild des Krebses gelegen, woher der nördliche Wendekreis seinen Namen führt, ist er infolge der Präzession des Tag- und Nachgleichen allmählich in das Sternbild des Zwillinge gerückt und schon um die Mitte des nächsten Jahrhunderts wird der nördlichste Punkt der jährlichen scheinbaren Sonnenbahn in das Gebiet des Stiers fallen. Trotzdem sprechen wir nach altem Brauch, der besser gebrochen würde, immer noch davon, dass die Sonne am 21. Juni — diesmal um 12 Uhr mitternachts — in das Zeichen des Krebses eintritt. Denn dieses Zeichen deckt sich seit langem nicht mehr mit dem Sternbild, und der Unterschied zwischen dem sogenannten Zeichen und dem tatsächlichen Tierkreisbild wirkt auf den Laien nur irreführend.

Am Tage der Sommerzonnenwende, dem längsten des Jahres, geht die Sonne 3 Uhr 45 Min. früh auf und um 8 Uhr. 30 Min. abends unter, berechnet für die geographische Lage von Berlin und dem mittleren Norddeutschland. Dann wendet sich das Tagesgestirn allmählich wieder dem Äquator entgegen, und wenn die dadurch bedingte Abnahme der Tageslänge zunächst auch noch unmerklich ist, so beginnt sie im folgenden Monat Juli allmählich doch schon in Errscheinung zu treten. Trotzdem nimmt, wie man weiß, die mittlere Erwärmung der nördlichen Halbkugel noch zu und erreicht ihren höchsten Wert erst einen Monat nach dem höchsten Sonnenstande. Es kommt noch hinzu, dass sich Erde und Sonne gegenwärtig noch voneinander entfernen, und das gerade in den ersten Julitagen der größte Abstand des Planeten vom Zentralgestirn erreicht wird. Die Entfernungszunahme beträgt im Juni 52.000 geographische Meilen, also rund ebensoviel wie die Entfernung des Mondes von der Erde. Immerhin ist der Unterschied zwischen Sonnennähe und Sonnenferne auf der Erde nur unerheblich; denn die Erdbahnen ist keineswegs so elliptisch, wie der Late meist glaubt; sie nähert sich sogar außerordentlich stark der Kreisbahn, was schon aus der Länge des Radius der Erdbahnen zur Zeit der Sonnennähe und der Sonnenferne hervorgeht. Die beiden Werte sind 19.8 und 20.4 Millionen geographische Meilen, und wer sich diese gewaltigen Werte nicht vorzustellen vermag, möge sie sich einfach in Zentimetern denken, um zu erleben, dass die Unterschiede in Wahrheit gering sind. Der Unterschied zwischen der Temperatur des Sommers und des Winters wird eben fast vollkommen von der längeren oder kürzeren Dauer des täglichen Sonnenscheins und von der Höhe bestimmt, die das Tagesgestirn am Himmel erreicht.

Wenn die Sonne ihren höchsten Stand erreicht, steht der Vollmond ganz niedrig, im südlichsten Teil seiner Bahn. Daher kommt es, dass in den Sommernächten der Vollmond tiefs im Südosten aufgeht und schon nach wenigen Stunden ebenso tiefs im Südwesten wieder verschwindet; geht doch der Vollmond stets in dem Augenblick auf, in dem die Sonne untergeht, während er unter den Horizont sinkt, wenn sich das Tagesgestirn wieder über den Gestaltkreis erhebt. In diesem Jahre fällt der Vollmond sogar gerade auf die Sommerzonnenwende, auf den 20. Juni. Die übrigen Phasen des irdischen Trabanten fallen auf den 6. (Neumond), auf den 12. (1. Viertel) und auf den 28. (8. Viertel).

Für Beobachtungen des Himmels, für die die kurzen Sommernächte ohnehin ungünstig sind, werden sich im Juni also am meisten die Tage der ersten Monatswoche eignen, in der das Mondlicht nicht auch den Südhimmel erhellt, nachdem der Nordhimmel bereits durch die helle Sommerdämmerung selbst im Mitternachtslicht bleibt, dass nur Sterne erster und zweiter Größe deutlich hervortreten. Wenn gegen 10 Uhr abends wenigstens die allgemeinen Umrisse der wichtigsten Konstellationen sichtbar werden, so sind es demgemäß zunächst diejenigen Sternbilder, in denen Sterne erster Größe vorkommen, die unzweckmäßig auf sich lenken. Vor allem tritt in diesem Jahre der Große Löwe in Erscheinung, aber nicht durch seine eigenen Sterne, sondern durch seine beiden Gäste aus dem Planetenreich, den Jupiter und Saturn, die dem Löwen gegenwärtig ein ganz verändertes und besonders auffälliges Aussehen verleihen. In den Abenddämmerungen sieht man deutlich, dass der Jupiter, also östlich von Jupiter stehende Saturn heller erscheint als der in ungefähr gleicher Entfernung rechts, westlich zu liegenden Regulus, der Hauptstern des Löwen, der ersten Größe ist. Westlich vom Löwen, im Meridian, und zwar in der Nähe des Wendekreises des Krebses, strahlt im Bootes der röthliche Arkturus; im Nordosten sieht sich unmittelbar an die Figur dieses Sternbildes die Nördliche Krone an, deren hellster, in der Mitte stehender Hauptstern Gemma heißt. Unterhalb von Gemma, im Halbkreis der Krone, steht der Kopf der Schlange, in dem sich bei dem Stern V ein prächtiger Stern-

haufen findet. Noch heller ist der berühmte Sternhaufen im Herkules, der sich ohne eine charakteristische Figur zwischen Krone und Leier ausdehnt. Diese lebhafte Figur steigt von Nordosten her seit dem Zenit entgegen und der weiße, hellglänzende Stern in ihr ist Vega, einer der bekanntesten Sterne des nördlichen Himmels, der nie untergeht. Nahe bei Vega hat man den Ringnebel in der Leier zu suchen, was natürlich nur mit einem Fernrohr möglich ist. Unterhalb von Vega steigt jetzt der Schwanz mit dem hellen Denzel empor, und genau im Osten erhebt sich bei Einbruch der Dunkelheit gegenwärtig der Adler mit Alair über den Horizont. Die auf der Südlichen Himmelskugel in diesen Breiten liegenden Sterne gehören dem südlichsten Teil des Tierkreises an, in dem nur ein einziger Stern erster Größe vorkommt. Es ist Antares im Skorpion, der durch sein auffallend rotes Licht bemerkenswert ist. Folgt man von hier aus, also vom Südosten her, dem Tierkreis nach Nordwesten, so findet man bereits westlich vom Meridian die weiße Spica in der Jungfrau, kommt dann in den schon erwähnten Löwen und erblickt jenseits des unscheinbaren Krebses am Nordwesthimmel noch die Zwillinge, von denen jetzt im Sommer allerdings nur Kastor und Pollux, die beiden hellen Hauptssterne, noch deutlich hervortreten. Die übrigen 54 mit blohem Auge sichtbaren Sterne der Zwillinge entsprechen gegenwärtig die halbe Dämmerung unsern Bildern. Wer ein Fernrohr zur Verfügung hat, möge es einmal auf den grünlich schimmernden Kastor zu erkennen. Noch weiter im Nordwesten geht jetzt der Führmann mit der hellen Kapella sowie der Perseus der unteren Kustimation entgegen, während das römische W der Käppopeja langsam wieder im Nordosten emporsteigt. Noch im Zenit stehen bei Beginn der Dunkelheit beinahe noch die Sterne des Großen Bären, und zwischen Polaris und Vega hat man die gewundene Figur des Drachens zu suchen.

Von den Planeten bleibt Merkur im Juni unsichtbar, während Venus, die Mitte Mai in der Morgendämmerung wieder aufgegangen ist, am Osthimmel vor Tagesanbruch als Morgenstern in prächtiger Helle erstrahlt. Sie hat erst am 28. Mai wieder ihren größten Glanz entwickelt und erscheint in den ersten Junitagen nicht weniger strahlend. Im Fernrohr erscheint man eine schmale, zunehmende Sichel, deren Durchmesser am 1. Juni 36,5 Grad beträgt. Da sich Venus jetzt von der Erde wieder entfernt, so nimmt ihre Helligkeit langsam ab, und da unser Nachbarplanet bis zum Ende des Jahres Morgenstern bleibt, so können Freihäuscher diese Abnahme der Lichtstärke im Laufe des nächsten halben Jahres bequem verfolgen. Der schon erwähnte Jupiter ist rechtsläufig im Süde des Löwen und nähert sich demgemäß langsam dem weiter entfernten, daher seine Bahne viel langsamer schiebenden Saturn. Der scheinbare Durchmesser des Jupiter ist Anfang Juni nur 2 Grad geringer als der der Venus; im Fernrohr bietet die wechselnde Stellung seiner vier hellen Monde ein stets fesselndes Objekt der Beobachtung. Beim Saturn kann man im Fernrohr den zurzeit noch unsichtbaren Ring in Gestalt eines schwarzen Striches erkennen, der sich quer über seine Oberfläche zieht; erst vom August ab werden wir das Ringsystem, und zwar auf seiner Nordseite, für 14 Jahre wieder beleuchtet sehen. Der erwähnte schwarze Strich ist die schmale, unbelichtete Kante des Rings. Uranus, seit langem im Wassermann, kann mit einem Fernrohr in der zweiten Nachhälfte im Südosten beobachtet werden; Neptun steht als Sternchen achter Größe im Krebs und steht abends schon gleich nach Anbruch völker Dunkelheit unter, so dass sich auch für Besitzer starker Instrumente keine Beobachtung jetzt nicht mehr lohnt.

Eingelaufene Schriften.

Generalarte Nr. 6 A. Bayern, Württemberg und Baden (Politische Darstellung). Maßstab 1:850 000. Preis 6 M.

Generalarte Nr. 64 B. Bayern, Württemberg und Baden (Physikalische Darstellung). Maßstab 1:850 000. Preis 6 M.

Jakob Wässermann: Mein Weg als Deutscher und Jude. Verlag S. Fischer, Berlin. Geh. 12 M., geb. 17 M.

Generalarte Nr. 71. Thüringen. Maßstab 1:250 000. Preis 6 M. Verlag Carl Flemming u. C. T. Wissott U.-G. Berlin. M. 50.

Max Dauthendey: Das Märchenbriefbuch der heiligen Nächte im Japanerlande. Verlag von Albert Langen in München. Geh. 18 M., geb. 26 M.

A. Winokurov: Soziale Fürsorge in Sowjetrußland. Nr. 1 der Revolutionären Flugschriften. Verlag Kommunistische Jugend, Wien IX. Aufwertungsmasse 7.

Otto Hamman: Der misverstandene Bismarck. Verlagsbuchhandlung Neimar Hobbing, Berlin SW. 61, Großbeerenstraße 17.

Zeitgenossen Chodowicis. Mit einem Begleitwort von Olga Amberger. Rhein-Verlag, Basel. Geh. 15.50 M.

Frederick Witte: Die rationelle Haushaltführung. Verlagsbuchhandlung Julius Springer, Berlin W. 9, Vinckestraße 23/24. Preis geb. 15 M.

Hausrat. Eine Monatsschrift. Heft 3. 2. Jg. Verlag Konrad Hans, D. W. B., Hamburg 8, Zippelhaus 7/9. Preis für das Einzelheft 2.50 M.

G. Engelbert Graf: Europa und der nächste Krieg. Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Friedenau. Preis 3.20 M.

W. Padel: Der Vertrag von Sèvres. Zentral-Europäischer Verlag G. m. b. H., Berlin-Steglitz. Preis 2 M.

Hans Hartmann: Christ und Antichrist. Verlag Adolph Saal, Laufenburg, Elbe. Preis 6 M.

G. Freitags Weltatlas: 211 Karten auf 124 Seiten und Namensverzeichnis. Verlag d. Kartographischen Anstalt G. Freitags u. Verdi, G. m. b. H., Wien. Preis geh. 40 M., geb. 50 M.

Dr. Otto Eduard Schmidt: Kurfürstliche Streifzüge. Band III: Aus der alten Mark Meißen. Verlag der Buchdruckerei der Wilhelm und Bertha von Baensch Stiftung, Dresden. In Papierband 20 M., in Leinenband 24 M.

Dimitri Bulašow: Die Ruhmleiter des Bolschewismus. Philo Verlag, Berlin SW. 69, Lindenstraße 13.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Die am 31. Mai d. J. stattgefundenen 65. ordentl. Generalversammlungen unseres Instituts hat den Gewinnanteile der Aktionäre für das Geschäftsjahr 1920 auf 12 Prozent festgesetzt. Es gelangen daher die Gewinnanteilscheine

Nr. 64 unserer Aktien zu Mk. 300.— mit Mk. 36.— für das Stück
Nr. 3 unserer Aktien zu Mk. 1000.— mit Mk. 120.— für das Stück
Nr. 29 unserer Aktien zu Mk. 1200.— mit Mk. 144.— für das Stück

vom 1. Juni d. J. an zur Einlösung

bei uns in Leipzig oder einer unserer Niederlassungen, ferner bei der Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, Bielefeld, Bremen, Essen-Ruhr, Frankfurt a. M., Hannover, Königsberg i. Pr., Lübeck, Magdeburg, Münster, Stettin, Stuttgart, der Süddeutschen Diskonto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim, der Norddeutschen Bank in Hamburg, Hamburg,

dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, Krefeld, Düsseldorf, Aachen, der Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft in Meiningen, der Bayrischen Diskonto- und Wechsel-Bank A.-G. in Nürnberg, der Bayrischen Hypotheken- und Wechsel-Bank in München.

Leipzig. den 31. Mai 1921.

Allgemeine Deutsche Credit-An